

Beachten Sie bitte den beiliegenden
Einzahlungsschein!

Herr
Franz Georg Maier
Dir. Schweiz. Landesbibliothek
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail info@fdp.ch Internet www.fdp.ch	Inserate TrisCom-Media AG Bündtenstrasse 10 4410 Liestal Telefon 061 926 93 33 Fax 061 926 93 30 E-Mail verkauf@triscom.ch Internet www.triscom.ch	Layout/Druck NZZ Print Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
---	--	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

26. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Inhalt



Fachtagung
Mehr Chancen dank
guter Ausbildung. **6/7**



Bürgerrecht
Einheimische sollen
Schweizer werden. **9**



Landsgemeinde
Höhepunkte in Stans. **13**

Poststelleninitiative
Weder wünschbar
noch notwendig. **14**

Anzeige

Recht verstehen...
Ihr Weg
zum
Recht.
www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00
Binder
rechtsanwälte

Post für alle – ohne Subventionen

Kein Bundesgeld auf Kosten anderer Bundesaufgaben

Auch ohne Subventionen wird die Schweiz in die Zukunft hinein eines der dichtesten Poststellennetze haben, dichter als in unseren Nachbarländern. Die Volksinitiative sieht unnötigerweise Bundesgelder vor. Nach dem geltenden Konzept von Parlament und Bundesrat kann die Post ohne Bundeskrücken im ganzen Land die Grundversorgung sicherstellen.

Von Ständerat Thomas Pfisterer, Baden AG

Wie das Geschäftsergebnis 2003 zeigte, erbringt die Post gute Dienstleis-

tungen zu angemessenen Preisen. Wie Umfragen zeigen, sind die Kunden gesamtschweizerisch sogar zufrieden. Die Post ist wettbewerbsfähig; sie ist in ihren Kerngeschäften

Briefe, Pakete und Postauto führend und behauptet sich auch sonst ihrer Konkurrenz gegenüber. Keines der umliegenden Länder leistet für Grundversorgung oder Poststellennetz Subventionen. Trotzdem geht dort die Markttöfung weiter als in der Schweiz. Der Bund hat bis 2007 bereits einen ausgewiesenen Sanierungsbedarf von minimal 2,4 Mia. Fr. Volk und Stände haben mit grossem Mehr die Schuldenbremse beschlossen. Also müssen neue Ausgaben durch weitere Sanierungsmassnahmen und Streichung anderer Ausgaben aufgefangen werden. Zusätzlich Geld für die Post aufzuwenden, ginge auf Kosten anderer Aufgaben wie Bildung, Sozialem, öffentlichem Verkehr, Landwirtschaft usw.

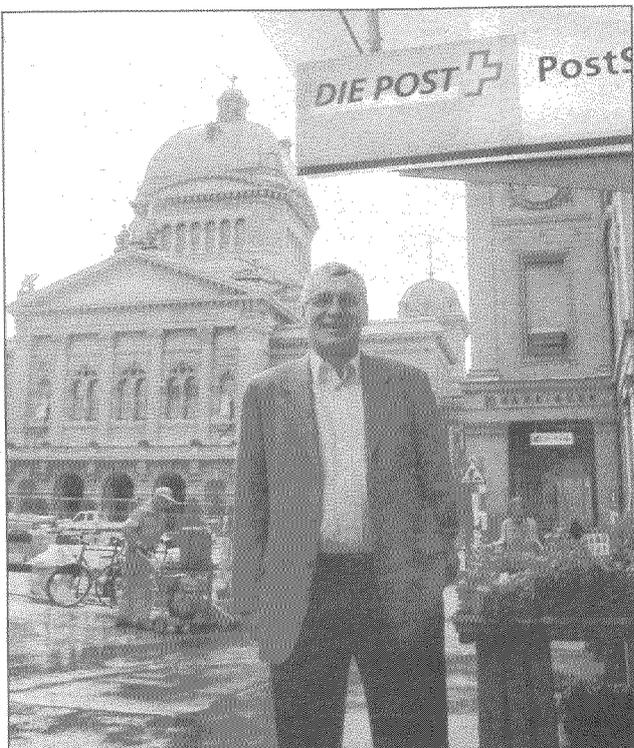
an vielen Orten Postgebäude herumstehen, die nur noch selten offen sind, wenn nur noch Sendungen entgegengenommen werden, der Postversand Tage und Wochen braucht und die Tarife steigen. Entscheidend ist, dass landesweit genug Dienstleistungen (Briefe, Pakete, Zeitungen, Ein- und Auszahlungen usw.) angeboten werden und die Post zu möglichst jeder Wohn- und Geschäftsadresse gebracht wird, grundsätzlich in allen ganzjährig bewohnten Siedlungen. Die Form ist weniger wichtig; durch eine Poststelle in angemessener Distanz, durch einen Hausservice oder eine andere Ersatzlösung (in einem Lebensmittelladen, der Gemeindekanzlei usw.).

Post für alle,
nicht nur Postbüros

Die Initiative sieht das Wesentliche nicht: Wir brauchen Postservice, nicht nur Postbüros! Die Postdienstleistungen sind für Infrastruktur und Lebensqualität wichtig, nicht Posthäuser. Unserer Bevölkerung ist wenig geholfen, wenn

Kundenwünsche und
vorsichtige
Markttöfung

Reformen sind nötig, weil wir Kunden sie brauchen. Wir schreiben statt Briefe mehr und mehr E-Mails und brauchen das Internet, benutzen private Postdienste, sogar aus dem



«Wir wollen mehr Post, nicht mehr Staat.»

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Ausland, und erwarten trotzdem von der Post, dass sie sich technisch weiter erneuert. Parlament und Bundesrat wollen sich mit der Post auf diese «neue Welt» ausrichten, aber nur in langsamen, vorsichtigen Schritten, jedenfalls weniger rasch als in der EU. Wir wollen der Post und uns mehr Zeit für die Anpassung gönnen. Aber auch so kann die Post nur mit Reformen überleben, die Kunden zufrieden stellen und sich als Unternehmen für kommende Herausforderungen leistungsfähig erhalten: Nötig ist ein breites Angebot zu vernünftigen Preisen, nicht an jeder Ecke ein Postbüro. Wer die Weiterentwicklung der Post verhindert, gefährdet längerfristig die landesweite Grundversorgung

und Arbeitsplätze der Post in den Regionen.

und Arbeitsplätze der Post in den Regionen.

Die Initiative rennt offene Türen ein, auch für Gemeinden

Die Initiative ist zumindest heute unnötig und schießt über das Ziel hinaus. Die Bundesverfassung schreibt dem Bund schon heute vor, für eine ausreichende und preiswerte Grundversorgung in allen Landesgegenden zu ein-

heitlichen Tarifen zu sorgen. Postgesetz und Postverordnung regeln Poststellen und -dienste bereits flächendeckend. Die Post hört die Gemeinden vor der Verlegung oder Schliessung einer Poststelle an. Sie strebt einvernehmliche Lösungen an. Bei Differenzen gibt eine unabhängige Kommission des Bundes eine Beurteilung ab. Die Finanzierung ist genügend geordnet

durch Posterträge und eventuell Gebühren privater Konzessionäre; selbstverständlich muss die Post sich bemühen, ihre Reorganisation sozialverträglich umzusetzen und die Einsparungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Aber: Weder eine weiter gehende Garantie noch ein Abgeltungs- oder Subventionsversprechen sind nötig. Wir wollen mehr Post, nicht mehr Staat.

Frauen, die Geschichte machten

FDP-Frauen auf den Spuren bemerkenswerter Zürcherinnen

Schon seit einiger Zeit bestand bei den Urner und den Glarner FDP-Frauen der Wunsch, einen Anlass zusammen zu organisieren. Nachdem ein gemeinsamer Sessionsbesuch nicht zu Stande gekommen war, hat es diesmal geklappt.

Von Andrea R. Trümpy,
Präsidentin FDP-Frauen
des Kantons Glarus

20 neugierige FDP-Frauen trafen sich Anfang Juni 2004 im Hauptbahnhof in Zürich. Sie liessen sich während 2 Stunden, während welcher sich aus-

nahmsweise sogar Petrus von seiner freundlichsten Seite zeigte, auf die Spuren bemerkenswerter Frauen, die die Geschichte der Stadt Zürich mitgeprägt haben, entführen. Der Weg führte zuerst in die Bahnhofstrasse, dann über den Lindenhof in die

Altstadt und dann über die Rathausbrücke auf den Bürkliplatz. Viel Neues, Interessantes und Unbekanntes haben wir anlässlich dieses kurzweiligen Stadtbummels erfahren. Bei einem wunderbaren Nachessen mit angeregten Diskussionen zu Politik



und heutigen bemerkenswerten Frauen bildete den Abschluss dieses Anlass in einem Restaurant am See.



Eine stattliche Gruppe von FDP-Frauen aus den Kantonen Glarus und Uri liess sich über die Geschichte der Stadt Zürich orientieren. Speziell interessierten jene Ausführungen, welche das Wirken von Frauen hervorhoben.

Fotos: Claudia Gisler

Unsere politischen Ziele

- Verkehr** Flüssiger Verkehr mit einem Nebeneinander von öffentlichem Verkehr und motorisiertem Individualverkehr
- Finanzen** Ausgeglichener Haushalt, Senkung der Staatsquote
- Wirtschaft** Mehr unternehmerische Freiheit, weniger administrativer Aufwand, Erhalt und Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze und Wertschöpfung
- Bildung** Schulen hoher Qualität für alle, ausser-schulische Betreuungsmassnahmen
- Gesellschaft** Eindämmen der Kriminalität und der Gewalt zugunsten der Lebensqualität
- Kultur** Förderung der kulturellen Vielfalt

« Eine starke Partei mit hohen Idealen: Individuum, Freiheit, Selbstverantwortung, Gemeinsinn. »



FDPO
Freisinnig-Demokratische Partei
Graubünden



FDPO: Freude an Der Politik

Liebe Mitbürgerinnen, lieber Mitbürger
Die FDP Graubünden ist eine demokratische Volkspartei, die sich an liberalen Grundgedanken orientiert. Unsere Mitglieder engagieren sich in der Gemeinde, im Kreis, Bezirk, Region und auf kantonaler Ebene für vernünftige staatliche Rahmenbedingungen, d. h. für grösst möglichen Freiraum, damit private ohne staatliche Hemmschwellen umgesetzt werden können. Als Reformpartei verschaffen wir uns auch den unpopulär staatlichen Herausforderungen, wie z. B. einer griffigen Gemeindeform nicht, sondern sehen sie als echte Chance für eine aktive Zukunftsgestaltung. Ein breites Angebot von Arbeitsplätze, ein hervorragendes Staatsausgaben, ein hervorragendes Staatsausgaben, ein hervorragendes Staatsausgaben...

Gründe für einen Beitritt in die Freisinnig-Demokratische Partei

- damit Sie orientiert sind und mitdiskutieren können
- damit Sie Ihr Anliegen direkt einbringen können
- damit Ihre Meinung mehr Gewicht erhalten kann
- damit wir gemeinsam stark sind und unsere lösungsorientierten Vorstellungen von Individuum und Freiheit, aber auch von Selbstverantwortung und Gemeinsinn zukunftsweisend sind

Der/Die Unterzeichnete erklärt hiermit den Beitritt in die Freisinnig-Demokratische Partei

Name
Vorname
Adresse
Beruf/Funktion
Geburtsdatum
Telefon
E-Mail
Datum/Unterschrift

FDPO
Freisinnig-Demokratische Partei
Graubünden

Mitgliederwerbung hat erste Priorität

Bündner Freisinn hat Freude an der Politik

Der Flyer für die Mitgliederwerbung dient auch den übrigen Kantonalparteien als Muster, wie die Mitgliederwerbung angegangen werden kann.

In diesen Tagen erschien von der FDP Graubünden erstmals ein neu erstellter Werbe-Flyer für

die Mitgliederwerbung. Es handelt sich um einen handlichen und gefälligen Flyer im Format A5 in den FDP-Farben. Dieser wird den Bezirks-, Kreis- und Ortsparteien für ihre Mitgliederwerbung zur Verfügung gestellt. Der Flyer ist mit einer Beitrittskarte versehen. Das neue Werbemittel wurde durch eine kleine Projekt-

gruppe innerhalb der Geschäftsleitung unter Beizug einiger Kreis- bzw. Ortsparteipräsidenten bearbeitet und erstellt.

Er kann bei jeder Bezirks-, Kreis- oder Ortspartei der FDP oder beim Parteisekretariat der FDP Graubünden, 7425 Masein, bezogen werden.

Silvio Zuccolini, FDP-Pressechef

Einsatz für die Hauseigentümer

Nationalrat Rudolf Steiner neuer Präsident des HEV Schweiz

An der Delegiertenversammlung vom 18. Juni in Aarau wurde der freisinnige Nationalrat Ruedi Steiner zum neuen Präsidenten des Hauseigentümer-Verbandes Schweiz gewählt.

«Freisinn»: Seit Bestehen des Verbandes hat sich noch nie eine derartige Häufung von politischen «Grosskämpfen» ergeben wie in den letzten beiden Jahren. Geht das so weiter?

Rudolf Steiner: Im Mietrecht wurden sowohl die Volksinitiative «Ja zu fairen Mieten» als auch der parlamentarische Gegenvorschlag deutlich abgelehnt. Dies zeigt, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit dem Status quo im Mietrecht mehrheitlich zufrieden sind. Dies bestätigen auch Umfragen. Ich denke, dass wir unsere Anliegen in Zukunft in den Kantonen besser anpacken müssen.

Warum das?

Es hat sich zum Beispiel in den Kantonen Schwyz, Zürich und Thurgau gezeigt, dass Initiativen zur Wohneigentumsbesteuerung in den Kantonen besser durchkommen.

Ist dies auch eine Lehre aus der verlorenen Abstimmung zum Steuerpaket?

Bestimmt! Wenn wir die Wohneigentumsbesteue-

rung in den Kantonen einzeln angehen, können wir auch individueller auf die Situation in den verschiedenen Regionen eingehen.

Die zweite Lehre?

Wenn ein Dachverband seine Anliegen über die Kantone angeht, ist er – wie man im Volksmund richtigerweise feststellt – näher bei der Basis.

Diese Aussage hört man immer öfter auch in der Politik. Ist dies ein Schluss, den Sie eher als Politiker denn als Präsident eines schweizerischen Dachverbandes ziehen?

Hier sehe ich keinen Unterschied zwischen Partei- und Verbandspolitik. Es zeigt sich immer wieder, dass alle, die auf regionaler und kantonaler Ebene arbeiten, die Bedürfnisse der Bevölkerung besser kennen. Dieses Netz ermöglicht es uns, anschliessend gesamt-schweizerische Lösungen zu verwirklichen.

Also eine Verbandspolitik von unten nach oben?

Ich bleibe beim Beispiel Thurgau. Hier hat es sich gezeigt, dass eine Initiative zur Wohneigentumsbesteuerung mit einem Ja-Anteil von 79 Prozent angenommen wurde.

Im Vorfeld dieser Abstimmung wurden nicht nur die Haus-, sondern auch die Besitzer von Eigentums-

wohnungen angesprochen.

Also gleich wie beim kürzlich verlorenen Steuerpaket, wo vor allem die «Besitzenden» zusätzlich begünstigt worden wären?

Diese Darstellung war den Gegnern des Steuerpaketes sehr willkommen. Sie nutzten einmal mehr die Tatsache, dass mit Neid und Missgunst Abstimmungen leicht zu beeinflussen sind. Mir hingegen ist es ein besonderes Anliegen, Anreize zu schaffen, dass grössere Teile unserer Bevölkerung die Chance erhalten, «Besitzer» zu werden. Und dies ohne steuerlich «bestraft» zu werden!

Wie sollen aus Ihrer Sicht Kantone und Gemeinden die entstehenden Steuerverluste auffangen?

Wenn einzelne Finanzdirektoren und Gemeinden über diese Ausfälle jammern, so ist das verständlich. Mittel- und langfristig zeigt es sich aber, dass «Besitzende» letztlich die besseren und zuverlässigeren Steuerzahler sind. Sie sind es darum auch, die langfristig den Ressorts «Soziale Wohlfahrt» in den Kantonen kaum mehr zur Last fallen.

Ist es richtig, dass Sie in Ihrer Antrittsrede der übertriebenen Bürokratie die «rote Karte» zeigten?



Ruedi Steiner

Ja. Wir müssen wieder lernen, vermehrt eigenverantwortlich zu handeln. Das Prinzip der Subsidiarität ist neu zu beleben. Staatliche Aufsicht und Lenkung soll durch private Selbstkontrolle ersetzt werden. Vor Erlass eines neuen Gesetzes ist zu prüfen, ob nicht ein altes im gleichen Einflussbereich ausser Kraft gesetzt werden kann.

Der «Schweizer Freisinn» wünscht Ihnen und dem HEV viel Erfolg im Bestreben, übertriebene Staatsintervention zu bekämpfen.

Mit dem neuen HEV-Präsidenten, Nationalrat Ruedi Steiner, Lostorf SO, sprach Ruedi Schläpfer vom GS der FDP Schweiz.

Echte Politik statt Knatsch

Wie weiter nach dem ersten Eckigen Tisch?

Der erste Eckige Tisch hat stattgefunden, und insgesamt kann eine positive Bilanz gezogen werden. Alle Bundesratsparteien haben sich an einen Tisch gesetzt und dem Willen Ausdruck gegeben, in Zukunft wieder vermehrt gemeinsam in einem echten politischen Prozess nach Lösungen zu suchen und nicht bloss viel Lärm um nichts zu machen.

Von FDP-Präsident
Rolf Schweizer



Rolf Schweizer

unspektakulären Kompromiss sucht. Mit aller Kraft wird jeweils versucht, kompromisslos das eigene Parteiprogramm durchzudrücken, und wenn dies nicht gelingt, wird die Lösung abgelehnt und mit Referenden und Initiativen gedroht. Nicht zuletzt dank dem Druck der Öffentlichkeit haben sich alle Bundesratsparteien bereit erklärt, am Eckigen Tisch teilzunehmen. Die Bürge-

rinnen und Bürger werden diesen Eckigen Tisch auch in Zukunft genauestens beobachten, denn sie erwarten von der Politik Lösungen und nicht Theater – und das ist gut so.

Testlauf

Gewissermassen als erster Versuch wird nun gemeinsam die Invalidenversicherung (IV) angepackt. Vorab wird es darum gehen, eine gemeinsame Analyse vorzunehmen. Diese aber alleine im stillen Kämmerlein zu machen, ist nicht sehr sinnvoll. Diese Analyse muss für alle Bürgerinnen und Bürger transparent und nachvollziehbar sein. Die Parteien müssen nach einer ersten Phase gemeinsam hinstehen und aufzeigen, wo die Probleme der IV liegen. Sachlichkeit ist hier gefragt und nicht Ideo-

logien. Danach geht es darum, Lösungen zu finden und diese dann in den Bundesrat und ins Parlament zu tragen.

Der erste Schritt ist gemacht

Mit dem ersten Eckigen Tisch haben wir einen Anfang gemacht, damit Politik in der Schweiz wieder zu dem wird, was sie eigentlich sein sollte: Das Suchen und Finden von Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger. Viele weitere Schritte müssen noch folgen. Es liegt in der Verantwortung sämtlicher Parteien, dass dieser Prozess nicht im Sand verläuft und dass der Eckige Tisch ein Erfolg wird. ■

Impressum

Schweizer Freisinn

26. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 71.160 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion:
Ruedi Schläpfer (rus).
Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail schlaepfer@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

TrisCom-Media AG
Bündtenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail verkauf@triscom.ch
Internet www.triscom.ch

Layout/Druck

NZZ Print
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 02
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Wir haben in der aktuellen Situation zwei Möglichkeiten: Entweder sind die politischen Parteien bereit, in Zukunft wieder enger zusammenzuarbeiten und nach tragfähigen Lösungen zu suchen, so wie dies die Konkordanz vorsieht. Oder aber wir geben dieses System auf und führen eine Konkurrenz-Demokratie ein. Bei der die Parteien abwechselnd auf der Regierung- und der Oppositionsbank sitzen. Wir wollen alles daran setzen, unsere Konkordanz zu bewahren, weil sie sich in der Schweiz bewährt hat. Der Eckige Tisch ist hierfür ein Versuch – vielleicht der letzte.

Skeptische Parteien

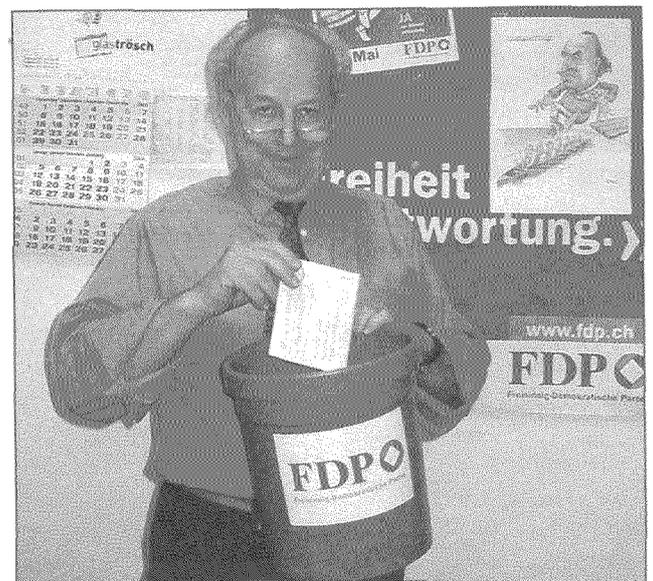
Die Idee des Eckigen Tisches stiess bei den anderen Parteien zu Beginn auf grosse Skepsis, um nicht zu sagen auf Ablehnung. Im aktuellen politischen Umfeld gilt als schwach, wer ohne laute Töne einen

Vielen Dank, Ruedi Schläpfer

Mit dieser Nummer des «Freisinns» geht eine Ära zu Ende, denn dies ist die letzte Nummer, die von Ruedi Schläpfer gestaltet wurde. Ruedi hat nach jahrelangem und unermüdlichem Einsatz für die FDP seine Tätigkeit im Generalsekretariat der FDP Schweiz beendet und ist in den Ruhestand getreten, wobei «Ruhestand» garantiert das falsche Wort ist.

Wer Ruedi Schläpfer kennt, weiss ganz genau, dass er auch in Zukunft regelmässig an Parteiveranstaltungen anzutreffen sein wird und weiterhin Kandidierenden mit Rat und Tat zur Seite steht.

Im Namen aller Freisinnigen wünscht das Generalsekretariat der FDP Schweiz Ruedi Schläpfer alles Gute im verdienten (Un-)Ruhestand. ■



Ruedi Schläpfer. Der «gute Geist» im Generalsekretariat hier als «Glücksfee» für das «Freisinn»-Kreuzworträtsel.

Mehr Chancen dank guter Ausbildung

Bildungs-Fachtagung der FDP Schweiz vom 19. Juni 2004



Podiumsteilnehmer: Pierre Guillaume Kopp (Präsident Jungliberale BS), Regierungsrätin Ruth Gisi (SO), Alt-NR Barbara Polla (Liberale, Genf), BR Pascal Couchepin (v.l.n.r.).



Genügend Diskussionsstoff für Pausengespräche.



Tagungsleiter, NR Johannes Randegger (links) und NR Ruedi Noser.

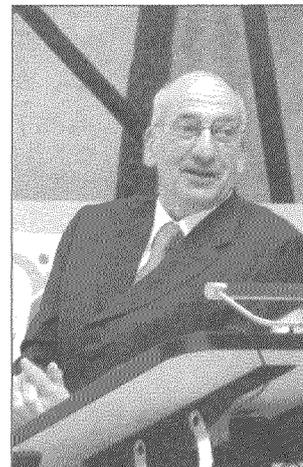
Kluge Köpfe sind die wichtigste Ressource der Schweiz. Der Wohlstand unseres Landes basiert zu einem grossen Teil auf der internationalen Spitzenposition im Bildungsbereich. An einer ausgezeichnet dotierten FDP-Fachtagung in Bern haben über 80 Teilnehmende darüber diskutiert, was zu tun ist, damit die Schweiz ihre Spitzenposition nicht verliert.

Von Sébastien Leprat
Politischer Sekretär,
GS Bern

Das schweizerische Bildungssystem hat in den vergangenen Jahren im internationalen Vergleich an Boden verloren. Das schlechte Abschneiden der Schweizer Schülerinnen und Schüler im Rahmen der PISA-Studien ist ein Indiz hierfür. Die Schweiz kann es sich aber schlicht nicht leisten, im Bildungsbereich von der Spitze verdrängt zu werden, denn die gute Ausbildung der Bürgerinnen und Bürger ist die Grundlage für den Wohlstand der Schweiz. Aus diesem Grund muss alles unternommen werden, damit das Bildungssystem in unserem Land wieder Bestnoten erhält.

Verbesserungen auf allen Stufen

Das schweizerische Bildungssystem muss grundlegend reformiert werden, dies brachte die Fachta-



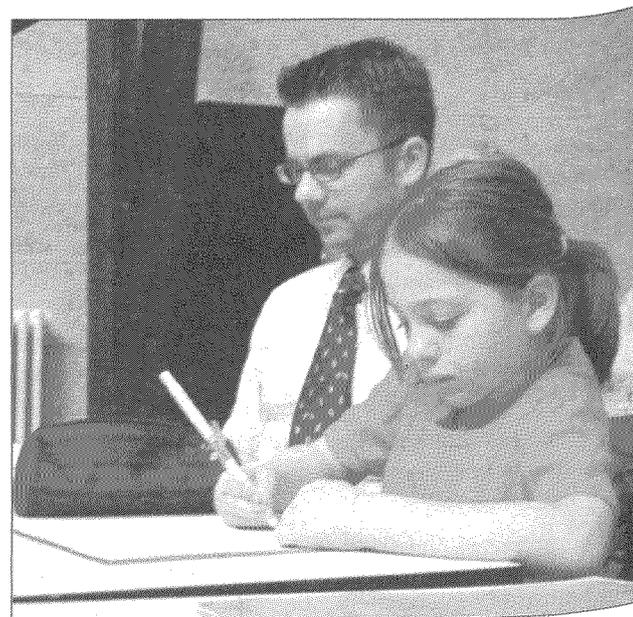
Bundesrat Pascal Couchepin skizziert Möglichkeiten für die Hochschulpolitik.



Der ideale Ort für die Tagung: Der Kuppelraum in der Uni Bern.

gung deutlich zum Vorschein. So sollten die Kinder früher eingeschult werden, damit die Ausbildung auch früher abgeschlossen werden kann. Im Vergleich mit dem Ausland beginnen die Schweizer Schülerinnen und Schüler ihre berufliche Tätigkeit sehr spät. Entscheidend ist aber nicht nur wann, son-

dern auch wo man die Schule beginnt – zumindest heute noch. Zwischen den Kantonen und zum Teil auch zwischen Gemeinden im selben Kanton bestehen riesige Unterschiede in Bezug auf Lernziele und Lehrpläne. Wenn das oberste Ziel die ausgezeichnete Ausbildung der Schülerinnen und Schüler



Aufmerksame Zuhörer: Generalsekretär Guido Schommer mit Tochter Vivienne.

Bildung in «Avenir radical»

Im Rahmen von «Avenir radical» gibt es vier Projekte, die sich ganz konkret mit der Aus- und Weiterbildung befassen:

Schulharmonie – von den Besten lernen

Die Idee: Mit einer Bildungsoffensive werden die Lehrpläne aller Schulstufen harmonisiert. Unterrichtsmaterial und Lernziele sollen in der ganzen Schweiz identisch sein. Es werden einheitliche Bewertungssysteme (Noten) für alle Schülerinnen und Schüler und eine Qualitätssicherung eingeführt.

Tagesschulen in jeder Gemeinde – Chancengerechtigkeit für alle Schulkinder

Die Idee: Jede Gemeinde bietet eine von der öffentlichen Hand getragene Tagesschule an. Ist eine Gemeinde aus strukturellen Gründen nicht in der Lage, eine eigene Tagesschule anzubieten, hat sie für entsprechenden Ersatz zu sorgen, beispielsweise mittels einer Gutschrift für die Erziehungs-

Mehr als Wissen

Bildung hat nicht nur mit Wissen und Leistung zu tun, sondern auch sehr viel mit Chancen. Je besser die Ausbildung, desto grösser die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, dass diese Chancengleichheit auch in Zukunft bestehen bleibt. Alle Kinder und Jugendlichen müssen Zugang haben zu einem ausgezeichneten Bildungssystem, unabhängig von ihrer sozialen, religiösen, kulturellen oder ethnischen Herkunft. ■

sein soll, sind diese Unterschiede nicht erklärbar, und sie müssen behoben werden. Erst dann sind nämlich die Leistungen aller Schweizer Schülerinnen und Schüler vergleichbar. Vergleichbarkeit bedeutet gleichzeitig, dass auch die Lehrmethoden verglichen werden können. Dies führt zu einer Verbesserung der Ausbildungsqualität. Allgemein gilt es, den Leistungswillen der Kinder und Jugendlichen zu stärken, damit sie später im Berufsleben bestehen können. Dafür brauchen sie Herausforderungen und Ziele, an denen sie sich messen können.

Handlungsbedarf besteht schliesslich auch auf der Hochschulstufe. Überfüllte Hörsäle und überlange Studiendauer sind nur die Spitze des Eisbergs. Eine Ursache für die Missstände ist die mangelnde Koordination zwischen den Hochschulen. Hier sind Bund und – vor allem – Kantone gefordert.

berechtigten, damit ihre schulpflichtigen Kinder eine Tagesschule in einer andern Gemeinde besuchen können.

Hochschulen – besser und schneller studieren

Die Idee: Zugang und Voraussetzungen für Stipendien und zinslose Darlehen sind zu erleichtern. Im Gegenzug sind Regelstudiendauern von maximal 5 Jahren vorzusehen. Nach Überschreiten der Regelstudiendauer steigen die Studiengebühren progressiv an. Für Werkstudentinnen und -studenten gilt: Die Studiengebühr wird gemäss Beschäftigungsgrad reduziert (50%-Stelle bringt 50% Gebührenermässigung).

Horizontenerweiterung – die Welt kennen lernen

Die Idee: Jede Schülerin und jeder Schüler (Berufsschule und Mittelschule) hat einen Auslandsaufenthalt zu absolvieren, um den Horizont zu erweitern und neue Kenntnisse zu erwerben.

Mehr zu diesen und auch zu allen anderen «Avenir radical»-Projekten unter www.avenir-radical.ch

Reges Interesse am Buch von Kaspar Villiger



Die Kreuzworträtsel, welche der frühere Fraktionschef der FDP Thurgau, Walter Vogel, Frauenfeld, Monat für Monat für den «Freisinn» neu komponiert, erfreuen sich nach wie vor grosser Beliebtheit.

In der letzten Ausgabe wurden 3 Villiger-Bücher ausgeschrieben. Die Verlosung hat der neue «Freisinn»-Redaktor, Stefan Nobs, vorgenommen:

Die glücklichen Gewinner eines Buches mit 37 Reden von Kaspar Villiger und einer persönlichen Widmung des Autors sind:

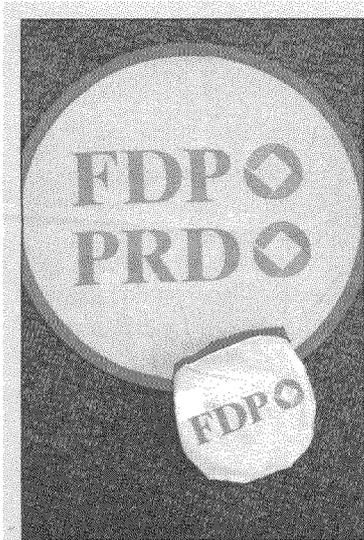
- Heinz Schibler, Höhenweg 2, 3400 Burgdorf
- Fritz Bachmann, Inzlingerstrasse 250, 4125 Riehen
- Hansruedi Popp, Kreuzstrasse 45, 8802 Kilchberg

Buchbestellungen:

Das oben erwähnte Buch kann wie folgt bestellt werden:

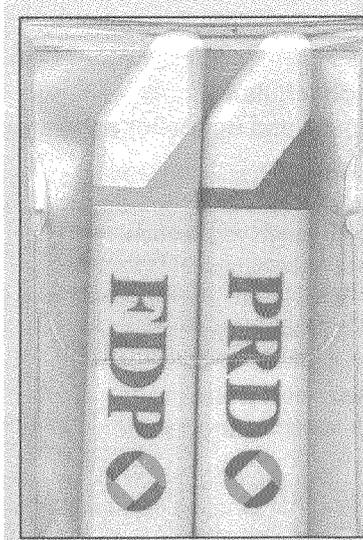
NZZ-Buchverlag, Postfach, 8021 Zürich, Fax 01 258 13 99 oder buch.verlag@nzz.ch

Frisch durch den Sommer



Spiel, Spass Stoff-Frisbee Fliing

Flugscheibe aus Nylon
Stück à Fr. 5.50



Farbe durch die FDP Textmarker-Set rosa/blau

mit Etui
Set à Fr. 4.-



Erfrischungstuch

100% Baumwolle Stück à Fr. 1.-



Bunte Strasse – Strassenmalkreiden

6 Farbkreiden Paket à Fr. 5.-

Bestellung

Ja, wir bestellen folgende Artikel:

- | | | |
|--------------------------|----------------------------|------------|
| <input type="checkbox"/> | Stück Erfrischungstüchlein | à Fr. 1.- |
| <input type="checkbox"/> | Stück Frisbee Fliing | à Fr. 5.50 |
| <input type="checkbox"/> | Stück Strassenmalkreiden | à Fr. 5.- |
| <input type="checkbox"/> | Textmarker-Set | à Fr. 4.- |

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

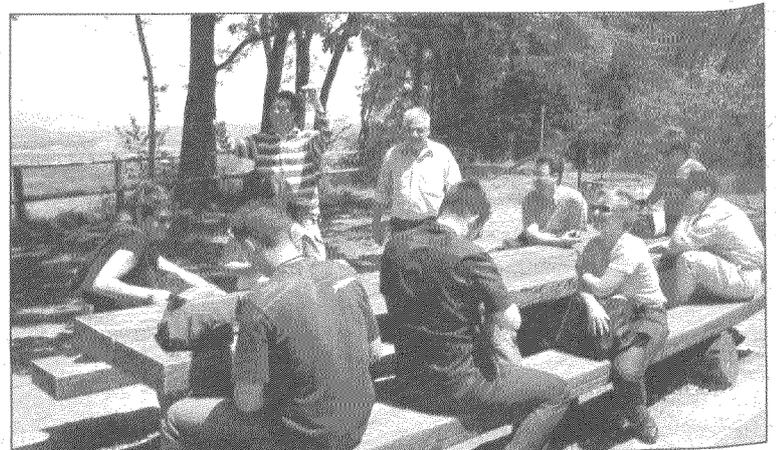
Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
FDP Schweiz, Werbematerial, Postfach 6136,
3001 Bern, Tel. 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00
Siehe auch unter www.fdp.ch – Shop

Büroausflug mit Rolf Schweiger

Parteipräsident mit von der Partie

Am nachmittäglichen Büroausflug des Generalsekretariates nahm auch Parteipräsident Rolf Schweiger teil. Es gibt kaum eine bessere Gelegenheit, sich als Team näher kennen zu lernen als auf einer Wanderung. Von Sugiez aus ging es zu Fuss durch die Reben auf das Plateau des Mont Vully. Im schmucken Winzerdorf Praz wurde die Wanderung bei Speis und Trank abgeschlossen.



Das Präsidenten/GS-Team auf dem Gipfel des Mont Vully.

Bild: rus

Einheimische sollen Schweizer werden

Abstimmung zum neuen Bürgerrecht

Junge Ausländerinnen und Ausländer, die hier geboren oder aufgewachsen sind und sich im Alltag allein durch ihren ausländischen Pass von ihren gleichaltrigen Kollegen unterscheiden, sollen sich erleichtert einbürgern lassen können.

Von Peter Briner,
Ständerat, Schaffhausen

Das bisherige Verfahren ist kompliziert und führt zu einem hohen Verwaltungsaufwand. Der Instanzenweg über Bund, Kanton und Gemeinde kann Jahre dauern. Und je nach Wohnort erfordert die Einbürgerungsgebühr erst noch ein gut dotiertes Portemonnaie. Das wirkt abschreckend – und dient niemandem.

Bundesrat und Parlament wollen diese Mängel beheben. Jugendliche der zweiten Generation und die hier geborene dritte Generation von Ausländern sollen die Chance erhalten – mit allen Rechten und Pflichten –, gleichwertig am gesellschaftlichen und politischen Leben der Schweiz teilzunehmen.

Nachdem 1994 eine Vorlage zur erleichterten Einbürgerung von der Mehrheit der Stimmberechtigten angenommen worden ist, aber am Ständemehr scheiterte, kennen inzwischen 14 Kantone die erleichterte Einbürgerung für junge Ausländerinnen und Ausländer. Darauf aufbau-

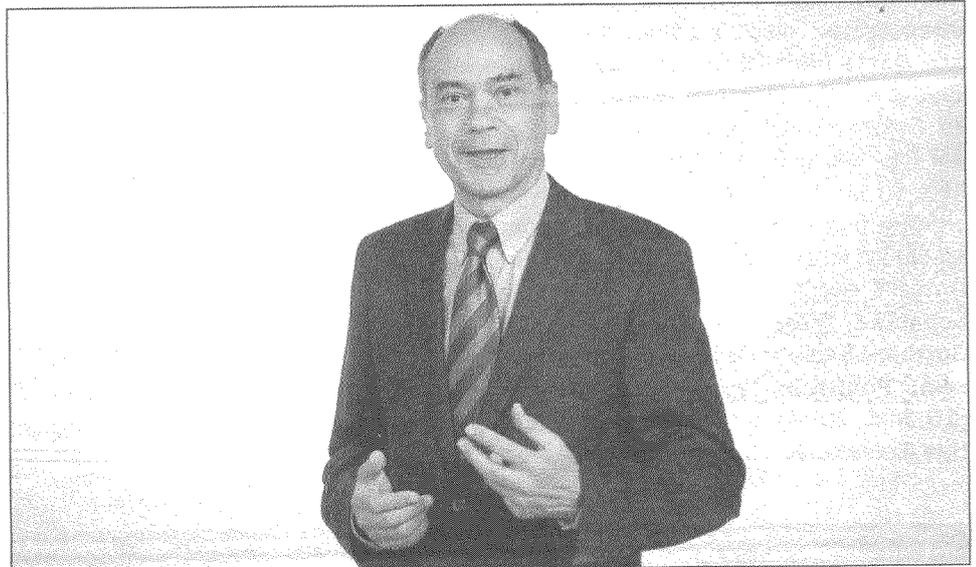
end kommt nun im September eine neue Vorlage zur Volksabstimmung, mit der für die ganze Schweiz einheitliche Bedingungen erlassen werden sollen, ohne die Zuständigkeit der Kantone bei der Einbürgerung anzutasten.

Zum Verfahren

Wie alle Einbürgerungswilligen sollen auch Jugendliche nur dann eingebürgert werden, wenn sie bei uns integriert sind, eine Landessprache sprechen und unsere Rechtsordnung einhalten. Diese Voraussetzungen werden weiterhin sorgfältig geprüft. Um Doppelspurigkeiten und überflüssigen bürokratischen Aufwand zu vermeiden, soll in Zukunft die Überprüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen (auch bei der ordentlichen Einbürgerung) weitgehend den Kantonen und Gemeinden überlassen werden. Der Bund wird am Schluss des kantonalen und kommunalen Verfahrens seine Zustimmung erteilen – oder auch nicht.

Die 2. Generation

Ausländische Jugendliche zwischen dem 14. und dem 24. Altersjahr sollen die erleichterte Einbürgerung beantragen können. Sie müssen mindestens fünf Jahre ihrer obligatorischen Schulzeit in der Schweiz absolviert haben und eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung besitzen. Sie müssen zudem mindestens zwei Jahre in der Einbü-



Peter Briner

rungsgemeinde gewohnt haben, unsere Landessprache sprechen, in der Schweiz integriert sein und unsere Gesetze einhalten. Die männlichen Bewerber unterstehen der Militärdienstpflicht.

3. Generation – Bürgerrecht bei Geburt

Hier geht es um die dritte Generation, deren Grosseltern in die Schweiz emigriert sind. Wenn mindestens ein Elternteil in der Schweiz geboren oder aufgewachsen ist, soll ein hier geborenes Kind das Schweizer Bürgerrecht bei der Geburt erhalten. Der Vater oder die Mutter müssen zudem im Minimum seit fünf Jahren eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung haben und während mindestens fünf Jahren die obligatorische Schulbildung in der Schweiz absolviert haben. Das schliesst Kinder von Asylsuchenden aus. Die El-

tern können das Schweizer Bürgerrecht für ihr Kind ablehnen.

Wohnsitzfristen

Nicht mit dieser Verfassungsrevision, sondern mit der nachfolgenden Gesetzesanpassung, die dem Referendum untersteht, sollen auch gewisse Vereinfachungen bei der ordentlichen Einbürgerung vorgenommen werden. Vorgesehen ist, die eidgenössische Wohnsitzfrist von zwölf auf acht Jahre herabzusetzen. Die kantonalen und kommunalen Wohnsitzfristen sollen auf maximal drei Jahre festgelegt werden. Damit wird der heutigen, oft beruflich bedingten Mobilität Rechnung getragen.

Nicht zur Debatte

Das Beschwerderecht bei Einbürgerungen über eine Urnenabstimmung, wie es in einigen Gemeinden gehandhabt wird, steht am

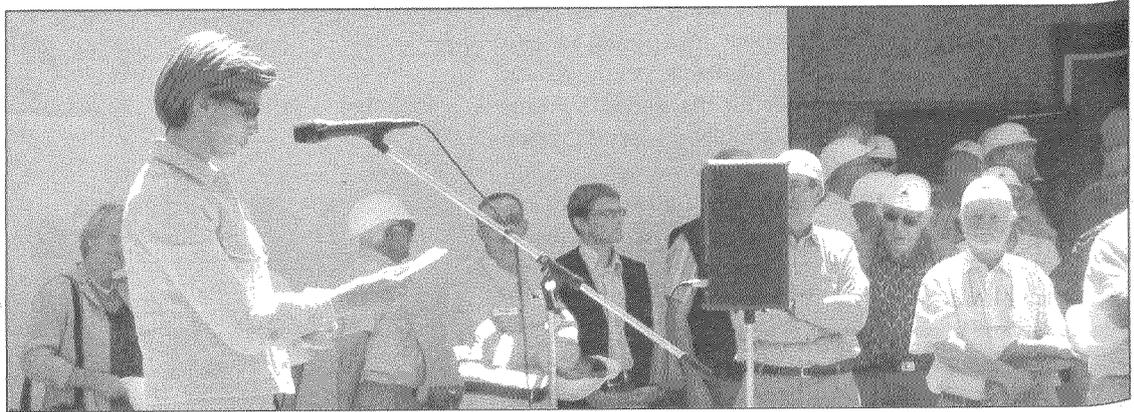
26. September nicht zur Debatte. Das Bundesgerichtsurteil vom letzten Sommer hat keinen Zusammenhang mit der gegenwärtigen Vorlage und darf mit dieser nicht vermischt werden. Im Parlament sind dazu mehrere Vorstösse hängig. Diese sind noch Gegenstand parlamentarischer Beratungen. Die Stimmberechtigten werden zu einem späteren Zeitpunkt Gelegenheit erhalten, sich zu dieser Frage zu äussern.

Wir sind stolz auf unsere Secondos in Sport, Kultur und Wissenschaft. Am Arbeitsplatz sind sie uns selbstverständliche Kollegen. Wer bei uns aufgewachsen und integriert ist, so spricht wie wir, gilt als einheimisch. Wer einheimisch ist, sollte auch Schweizer sein dürfen. Ohne Schikanen. Unserer Gesellschaft würde dies nur gut tun!

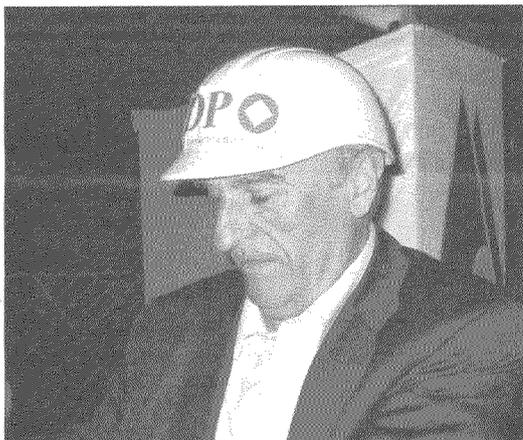
Wohin gehen die Neat-Milliarden ?

Anlässlich des Fraktionsausflugs wurde diese Frage geklärt

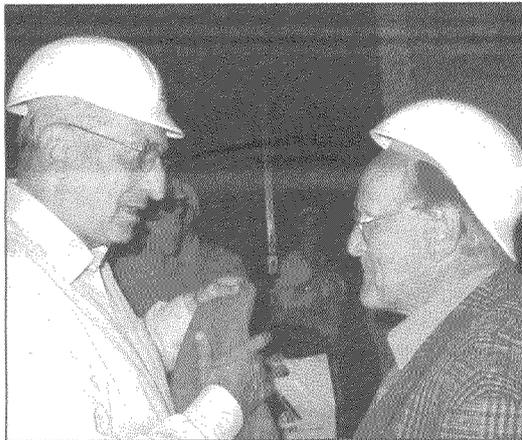
Nach der Begrüssung der beiden FDP-Bundesräte, der Fraktionsmitglieder und Gäste hielt Peter Zbinden, Vorsitzender der Geschäftsleitung Alpen Transit Gotthard AG, Folgendes fest: «Bei der Realisierung der Gotthardbahn stehen wir bautechnisch und politisch in einer entscheidenden Phase. Bautechnisch: Im Laufe des Juni 2004 wird ein Drittel der rund 153 Kilometer Schächte, Stollen und Tunnels des Gotthard-Basistunnels ausgebrochen sein. Politisch: Werden Sie morgen (10. Juni 2004) im Nationalrat wichtige Entscheide zu treffen haben.»



Die Urner Nationalrätin Gabi Huber begrüsst die grosse Gästeschar im Barackendorf der Baustelle Erstfeld.



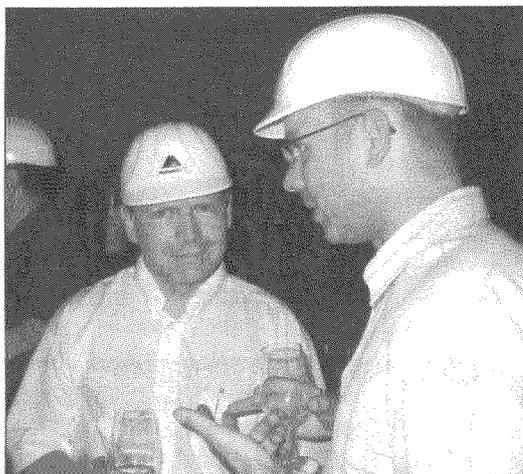
Bundesrat Hans-Rudolf Merz konzentriert sich darauf, aus welchen Gründen der Nationalrat einem Nachtragskredit zustimmen soll.



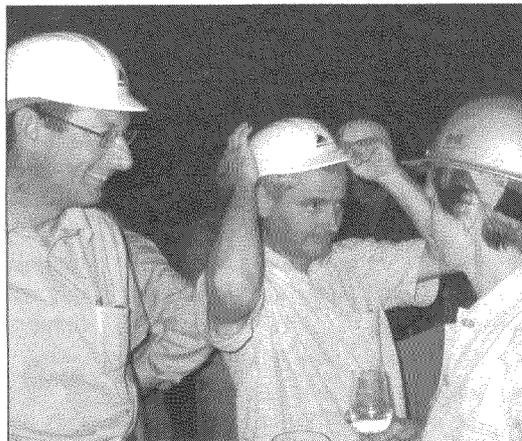
Alt Nationalrat Heinz Allenspach und BR Pascal Couchepin erinnern sich an die seinerzeitige Neat-Debatte in der grossen Kammer.



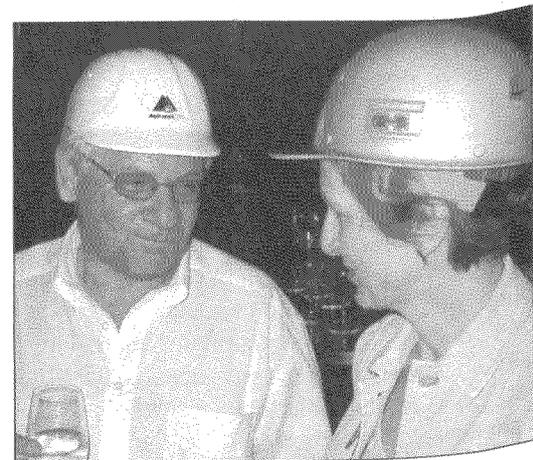
Ex-Nationalrat Ueli Fischer und Ständerätin Trix Heberlein folgen den Ausführungen von Peter Zbinden.



Generalsekretär Guido Schommer und der Organisator dieses Ausflugs, Fraktionssekretär Bruno Henggi, bei einer ersten «Manöverkritik».



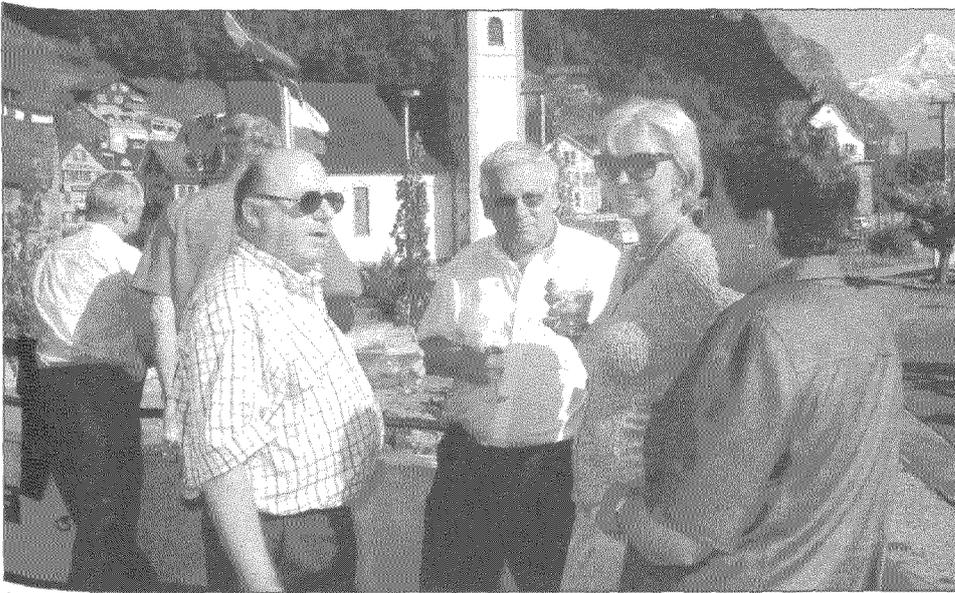
Gabi Huber instruiert die beiden neuen Urner Regierungsräte Josef Dittli und Stefan Fryberg (Mitte), wie man einen Schutzhelm richtig aufsetzt.



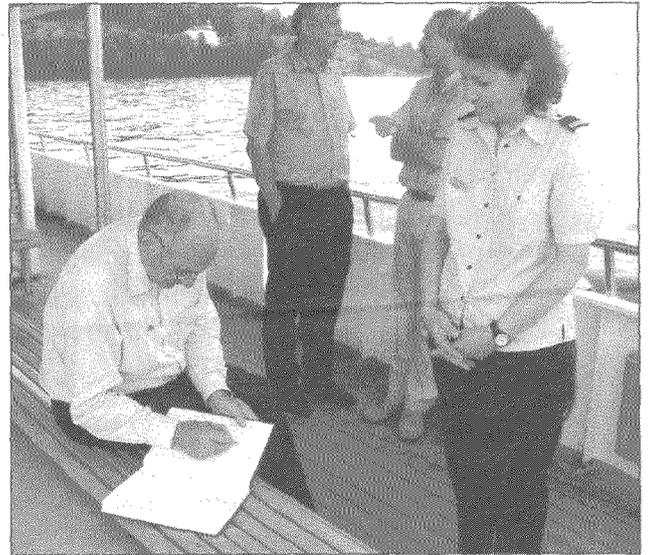
Parteipräsident Rolf Schweizer freut sich mit Gabi Huber, dass die Urner Regierungsratswahlen erfolgreich über die Bühne gegangen sind.

Fotos: rus

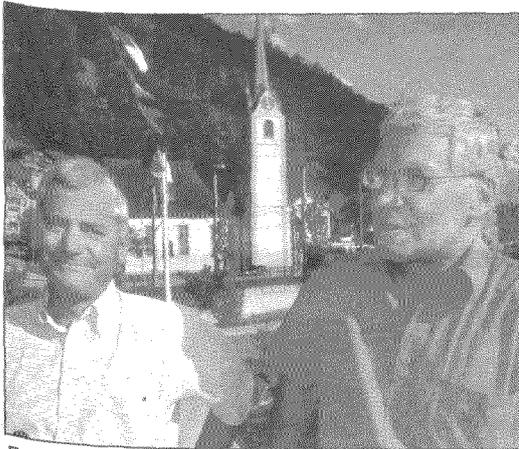
Fraktionsausflug



Parteipräsident Rolf Schweizer inmitten welscher Kolleginnen und Kollegen.



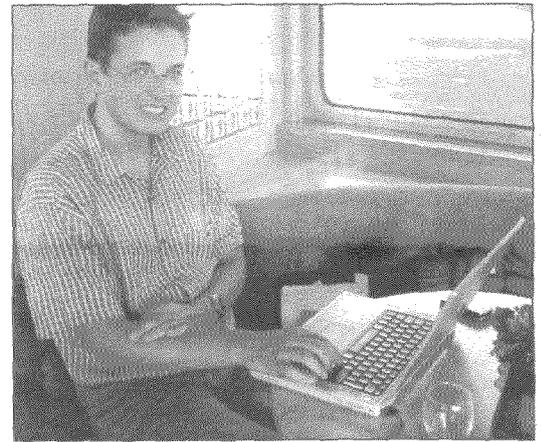
Bundesrat Couchepin übernimmt es für die Fraktion, sich im Gästebuch der «Waldstätter» einzutragen.



Regierungsrat Stefan Fryberg UR und Ständerat Thomas Pfisterer AG sind froh, dass die Flüeler «Kirche im Dorf» bleibt.



NR Edi Engelberger und sein früherer Ratskollege Ueli Fischer frischen Erinnerungen auf.



Christian Dorer, von der «Blick»-Bundeshausredaktion, fühlt sich mit den Freisinnigen sichtlich wohl auf der «Waldstätter».



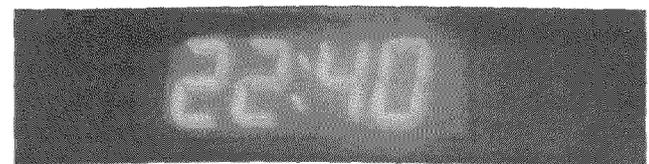
Fraktionschef Fulvio Pelli weist auf den Zusammenhang Fraktionsausflug / Fraktionsarbeit betreffend Neat-Nachtragskredit hin.



NR Gerold Bührer und alt NR Heinz Allenspach: «Harte Politik bei süssen Speisen».



Während die Uner RR Josef Dittli und Stefan Fryberg (2. u. 3. v.l.) das Boot der Uner Seepolizei zur Heimfahrt besteigen ...



... erreicht der Grossteil der Ausflugsteilnehmer Bern erst um 22.40 Uhr.

Fotos: rus

Liebe Freisinnige

«Avenir radical» wurde Anfang Jahr ins Leben gerufen, um in einem bislang einmaligen politischen Prozess die Meinung unserer Basis – also von Ihnen – zu erfragen. Wir wollten wissen, welcher Schwerpunktthemen sich die FDP annehmen soll. Aus den über 400 erhaltenen Eingaben haben wir Ihnen am 15. Mai 2004 eine Auswahl von 28 Projekten vorgestellt und Ihnen zur unmittelbaren Bewertung unterbreitet. Auf Grund dieser Bewertung hat die Geschäftsleitung der FDP Schweiz eine definitive Auswahl von 21 Projekten getroffen, die wir Ihnen hiermit zur Vernehmlassung vorlegen.

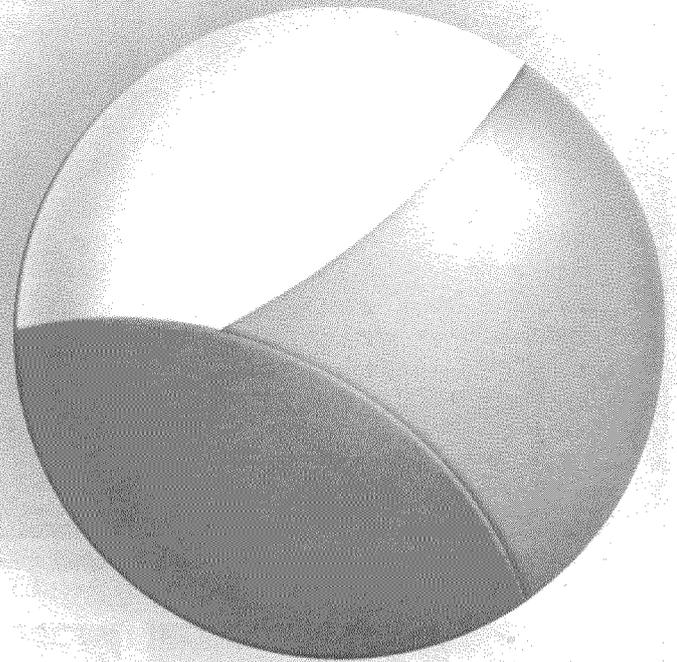
«Avenir radical» ist nicht ein neues Parteiprogramm der FDP. «Avenir radical» ist auch nicht der einzige Pfeiler des künftigen politischen Handelns und Wirkens der FDP. «Avenir radical» ist vielmehr ein fortlaufender gemeinsamer Prozess. Das Ziel ist, diejenigen konkreten politischen Projekte zu realisieren, die zusammen mit Ihnen, unserer freisinnigen Parteibasis, als wichtige, richtige und freisinnige Projekte bestimmt worden sind.

Wichtig

«Avenir radical» ist wichtig für die Weiterentwicklung der freisinnigen Politik. Wir thematisieren drängende Probleme unserer Zeit, die einer Lösung bedürfen. Wir wollen zukunftsgerichtete innovative Projekte verwirklichen, im Interesse und zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Chancengerechtigkeit, Wirtschaftswachstum und ein gesunder Finanzhaushalt bleiben keine Worthülsen, sondern werden mit konkreten politischen Forderungen angegangen und umgesetzt.

Richtig

«Avenir radical» ist richtig, weil wir mit sinnvollen und realisierbaren Massnahmen zu einer freisinnigen Lösung in den ausgewählten Problemfeldern beitragen. Wir beschreiten damit einen unkonventionellen und in der Politik unüblichen Weg in der Überzeugung, dass auch das politische Handeln den geänderten Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft angepasst werden muss.



Freisinnig

«Avenir radical» ist freisinnig, weil sich alle vorgeschlagenen Projekte an den freisinnig-liberalen Grundwerten orientieren und von einem zukunftsgerichteten, offenen und fortschrittlichen Gedankengut zeugen, ohne die gegebenen Realitäten zu verkennen. Der Freisinn muss also nicht neu erfunden werden; er muss aber vermehrt bewusster positioniert und vor allem politisch in die Tat umgesetzt werden. Der Freisinn versteht sich als eine Partei der gelebten und gemeinsamen Vielfalt, die sich an fundamentalen Grundsätzen eines liberalen und offenen Menschenbildes orientiert. Nutzen wir die Chance, die FDP mit der Umsetzung der von Ihnen als wichtig, richtig und freisinnig bewerteten Projekte weiterhin als starke und lösungsorientierte Kraft in unserem Land zu beweisen. Wir freuen uns auf Ihre aktive Teilnahme an der Vernehmlassung zu den Projekten von «Avenir radical» und danken Ihnen schon heute dafür.

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Der Präsident

Rolf Schweizer, Ständerat

Der Projektleiter

Ruedi Noser, Nationalrat

www.avenir-radical.ch

«Liberale Landsgemeinde»

Der FDP-Parteitag vom 12. September 2004 in Stans

Am Sonntag, 12. September, sind alle Freisinnigen herzlich zum Parteitag in Stans eingeladen. In der besonderen Form einer Landsgemeinde werden diejenigen Projekte ausgewählt, die in der Folge mit der ausdrücklichen Unterstützung unserer Parteibasis als nationale freisinnige Projekte politisch realisiert werden sollen. Der Parteitag findet auf dem Landsgemeindeplatz in Stans statt und dauert von 12.00 Uhr bis ca. 15.00 Uhr.

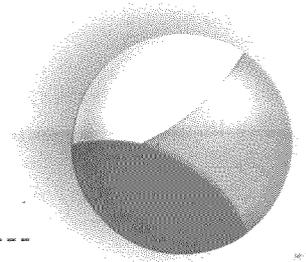
Die Liberale Landsgemeinde bildet den Abschluss und zugleich Höhepunkt dieser Phase von «Avenir radical», die am 21. Juni 2004 mit dem offiziellen Start der Vernehmlassung begonnen hat. Die Vernehmlassungs-Bro-

schüre mit den 21 zu bewertenden Projekten wurde bereits an unsere Kantonal- und Ortsparteien versandt. Gleichzeitig sind alle Unterlagen auf www.avenir-radical.ch erhältlich. Auch die Teilnahme an der Vernehmlassung ist am bequemsten über diese Internetseite möglich. Alternativ können die Broschüre sowie der Vernehmlassungs-Fragebogen in Papierform beim Generalsekretariat der FDP Schweiz bezogen werden. Die Liberale Landsgemeinde soll aber auch eine Kundgebung der gesamtschweizerischen FDP gegen den politischen Stillstand in unserem Land

sein. Wir Freisinnige zeigen mit einem Grossaufmarsch in Stans, dass es wieder vorwärts gehen muss. Die FDP steht ein für Reformen, für Chancen und für Wirtschaftswachstum.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.avenir-radical.ch, per E-Mail an info@avenir-radical.ch oder per Telefon 031 320 35 35 oder Fax 031 320 35 00.

Jetzt Datum reservieren und anmelden!



Anmeldung

- JA, ich nehme an der Liberalen Landsgemeinde vom 12. September 2004 in Stans teil und bringe noch _____ Personen mit.

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

FDP-Ortspartei: _____

Talon ausschneiden und einsenden an: FDP Schweiz, «Avenir radical», Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, oder senden Sie ein E-Mail mit Ihren Angaben an info@avenir-radical.ch.

Wir freuen uns auf einen Grossaufmarsch in Stans!

Volksinitiative «Postdienste für alle»

Die Abgeltungsgarantie ist weder wünschbar noch notwendig

Relativ knapp, nämlich mit 97:85 Stimmen, hat der Nationalrat die sog. Postinitiative abgelehnt, der Ständerat hingegen mit 25:13 Stimmen schon deutlicher. Neben den geschlossenen Fraktionen der SP und der Grünen haben in beiden Kammern auch einige Mitglieder der bürgerlichen Fraktionen die Initiative zur Annahme empfehlen wollen.

Von Nationalrat Kurt Fluri,
Solothurn



Kurt Fluri

Die Unterstützung der Initiative im Parlament kam aus zwei Lagern, wie das dem oben erwähnten Abstimmungsverhalten zu entnehmen ist:

Die bürgerliche Minderheit, welche sich für die Initiative ausgesprochen hatte, hat dies vorwiegend aus Sorge um die Erhaltung der öffentlichen Dienste in abgelegenen Regionen getan. Die linke Seite hat dieses Argument zwar auch immer wieder ins Feld geführt, primär ist es ihr – ob eingestanden oder nicht – aber um die Erhaltung von Arbeitsplätzen und darum gegangen, ein Exempel gegen die Liberalisierung zu statuieren.

Fast geschlossene FDP

Mit dem Bundesrat ist die Parlamentsmehrheit und auch die beinahe einstimmige FDP-Fraktion der Auffassung, dass das Hauptanliegen der Initiative, nämlich die Gewährleis-

tung einer Grundversorgung mit Postdiensten, welche den Bedürfnissen und Erwartungen der Bevölkerung und der Wirtschaft entspricht, erfüllt ist. Einen neuen Verfassungsartikel braucht es hierzu nicht, nachdem nämlich bereits der geltende Artikel 92 Abs. 2 der Bundesverfassung den Bund zu einer ausreichenden und preiswerten Grundversorgung mit Post- und Fernmeldediensten in allen

Landesgegenden verpflichtet. In Abweichung zur Initiative haben aber Bundesrat und Parlament Abgeltungen für das Poststellennetz abgelehnt und damit gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, dass trotz des gesetzlichen Infrastrukturauftrages das Poststellennetz permanent neuen Verhältnissen und Bedürfnissen anzupassen und der von der Post im Jahr 2001 begonnene Umbau des Poststel-

lennetzes weiterzuführen ist. Zur Konkretisierung dieses Infrastrukturauftrages hat der Bundesrat ein unabhängiges Bewertungsgremium eingesetzt, in welchem Vertreterinnen und Vertreter der Kantone, der Gemeinden, der Konsumentenorganisationen und der Rand- und Berggebiete vertreten sind. Dieses kam zum Schluss, dass die Kundenzufriedenheit trotz anderen öffentlich gewordenen Reaktionen erstaunlich gut ist. So wurden insgesamt die neuen Formen der Filialen, Agenturen und der mobilen Post gut akzeptiert, auch der Hausservice von ihren spezifischen Kundinnen und Kunden. Die Post ist sich auch bewusst, dass dieses Dienstleistungsangebot immer wieder angepasst und nach Verbesserungen gesucht werden muss.

Erfüllte Initiativbegehren

Die von der Initiative verlangte Mitsprache der Gemeinden bei Entscheidungen über das Poststellennetz ist in der Postverordnung verankert, welche am 1. Januar 2004 in Kraft gesetzt worden ist. Auch dieses Initiativbegehren ist somit erfüllt.

Die von der Initiative vorgesehene Abgeltung derjenigen Kosten der Grundversorgung, welche nicht durch Einnahmen aus den «reservierten» Bereichen gedeckt werden, ist hingegen abzulehnen. Der Bundesrat ist nämlich, nicht

zuletzt gestützt auf Erfahrungen im Ausland und Annahmen der Post selbst, der Auffassung, dass der postalische Auftrag weiterhin eigenwirtschaftlich erbracht werden kann, nämlich mit den Erträgen im Monopolbereich, den weiteren Erträgen (Zahlungsverkehr, Paketpost, Export) sowie mittels Kostenoptimierungen, neuen Geschäftsfeldern und Konzessionsgebühren auf den Umsätzen privater Anbieter von nicht reservierten Postdiensten, soweit dies gesetzlich geregelt wird. Eine weitere Voraussetzung für die Eigenwirtschaftlichkeit der Post ist allerdings, dass sie ihre Kosten weiterhin optimieren und neue Geschäftsfelder aufbauen kann.

Klares Nein am 26. September

Somit bestehen bereits heute die notwendigen Grundlagen für ein flächendeckendes Poststellennetz und dessen Finanzierung. Die erneute Verankerung in der Verfassung sowie vor allem die Abgeltungsgarantie, welche die Initiative vorsieht, ist weder wünschbar noch notwendig. Aus diesen Gründen ist die Volksinitiative am 26. September dieses Jahres abzulehnen. ■

Termine

Einladung zur a. o. Delegiertenversammlung

Samstag, 21. August, 10.15 Uhr, Stadtsaal Zofingen

Freitag, 20. August 2004

- 10.15 Sekretärenkonferenz (Hotel Zofingen)
- 12.15 Geschäftsleitungssitzung (Hotel Zofingen)
- 14.15 Fraktionssitzung (Hotel Zofingen)
- 17.15 Präsidentenkonferenz (Hotel Zofingen)
- 19.00 Point de presse mit Bundesrat Pascal Couchepin
(Rathaus, Bürgersaal)
Moderator: Markus Gisler, Chefredaktor «Aargauer Zeitung»
- 20.00 Apéro (Rathaus, Bürgerhalle)
- 20.30 Nachtessen (Hotel Zofingen)



Das Parkplatzangebot in der Nähe des Tagungsortes ist sehr beschränkt. Wir empfehlen Ihnen deshalb die Anreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Parkplatzmöglichkeiten:

- Das Altstadt-Parking ist gebührenpflichtig, ebenso die Parkplätze in der Altstadt und rings um die Altstadt (beschränktes Angebot).
- Am Samstag sind Gratis-Parkplätze in der Industriezone von Zofingen signalisiert. Fussweg ca. 15 Minuten.
- Die reservierten VIP-Parkplätze vor dem Stadtsaal (Samstag) sind nur mit einer entsprechenden Parkkarte benützbar.

Samstag, 21. August 2004

- 9.00 Treffen der freisinnigen Regierungsräte mit den Präsidien von Partei und Fraktion (Hotel Zofingen)
- 10.15 Begrüssung durch Parteipräsident Herbert Scholl, FDP AG
Ansprache des Parteipräsidenten,
Ständerat Rolf Schweiger
Bürgerrecht: Erleichterte Einbürgerung zweite Generation und Bürgerrechtserwerb dritte Generation
 - Präsentation: Dominique Delaloye, Stadträtin (FDP), Martigny
 - Diskussion
 - Parolenfassung
- Ansprache Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Vorsteher EFD:
Finanzpolitische Standortbestimmung
Neugestaltung des Finanzausgleichs und Aufgabenteilung Bund/Kantone
 - Podium
 - Moderator: Mathias Küng, Inland-Chef der «Aargauer Zeitung»
 - Pro: NR Gabi Huber, FDP/UR
 - Contra: NR Jost Gross, SP/TG
 - Diskussion
 - Parolenfassung
- 12.15 Lunch-Pause (30')
Referat Prof. Thomas Straubhaar
Wahlen Vizepräsidium und Geschäftsleitung
- 14.00 Schluss der Delegiertenversammlung
Apéritif

Mit freundlichen Grüssen

Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz

Der Parteipräsident:
Rolf Schweiger, Ständerat

Der Generalsekretär:
Guido Schommer

Andere Systeme – andere Probleme

Für die einen die Queen – für die anderen das Referendum

Im Rahmen einer vierteiligen Seminarreihe haben sechs Vertreter der Jungfreisinnigen Schweiz am 17. und 18. Mai 2004 in London an einer überparteilichen Debatte unter der Leitung von Botschafter Bruno Spinner teilgenommen. Ziel war es unter anderem, einen Überblick über das jeweils andere politische System und dessen Probleme zu gewinnen, aber auch durch eine andere Sichtweise neue Perspektiven für die eigene Landespolitik zu finden.

*Von Lena Schneller, Zürich,
und Nico Zila, Solothurn*

«Präsenz Schweiz» hatte im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit der Schweizer Botschaft in London ein Austauschprogramm unter gleichgesinnten Jungparteien initiiert. In einer ersten Phase, eine Reihe von drei Seminaren, trafen sich jeweils die gleichgesinnten Jungparteien (Young Liberals/jfs, Labours/Juso, Tories/JCVP/JSVP), um politische Erfahrungen auszutauschen. Da die Erfahrungen und die Rückmeldungen zu diesen drei Seminaren sehr positiv waren und sowohl die englische wie auch auf die Schweizer Seite wünschten, noch ein Treffen mit allen Jungparteien abzuhalten, entschied Präsenz Schweiz und die Schweizer Botschaft in London, ein solches, viertes Seminar vom 17. bis 18. Mai in London zu veranstalten. Um die Runde ganz zu schliessen und eine länder- wie auch parteienübergreifende Debatte zu ermöglichen, wurden auch englische und Schweizer Parlamentarier eingeladen, welche v.a. mit ihren Eintretensreferaten

der Diskussion eine Grundlage schaffen konnten.

Die Diskussion stand unter dem Thema «Constitutional Reform» und erlaubte es, ein breites Spektrum an Themen aufzugreifen. Bereits die einleitenden Worte von Botschafter Bruno Spinner riefen den Anwesenden in Erinnerung, wie verschieden die beiden politischen Systeme sind. England, eine Weltmacht, als ein Top-down-Modell mit einem Oppositionssystem auf der einen Seite, die Schweiz, keine Weltmacht, als ein Bottom-up-System mit einer konsensualen politischen Landschaft. Und dennoch haben die beiden Länder ähnliche politische Probleme, ähnliche Werte. Der folgende rhetorische Schlagabtausch zwischen dem Labour-Parlamentarier Tom Levitt und seinem konservativen Berufskollegen Alan Duncan zeigte uns Schweizern die erwähnte Unterschiedlichkeit der beiden Systeme auf. Während Alan Duncan wortwitzig und sprachgewandt zum Ausdruck brachte, dass die Worte von Tom Levitt absoluter Schwachsinn gewesen seien, merkte man den einflussreichen Worten von Na-

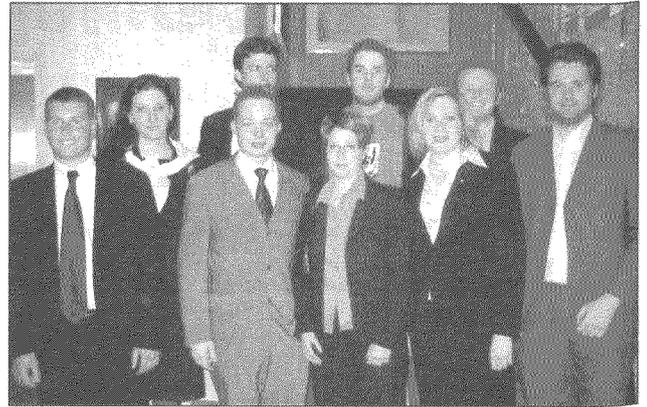
tionalrätin Doris Leuthard deutlich das konkordante Wesen der Schweizer Politik an.

So war es denn für die Schweizer auch eher schwer, bereits zu Beginn in die Diskussion einzusteigen. Das uns Schweizern fremde Konzept des «House of Lords» wurde ebenso begutachtet wie eine aktuell diskutierte Umgestaltung des britischen Justizsystems.

Worte wie «Wir brauchen mehr Volksrechte», «England braucht gar kein Verfassungsgericht, da wir keine Verfassung haben» wie auch Unverständnis über das Nichtvorhandensein von regionalen Vertretungen in der nationalen Politik Englands brachten dann aber auch die Schweizer in die Diskussion ein.

«Für die Schweizer hat eine Diskussion über die Abschaffung des Referendums und damit die Einschränkung der Volksrechte etwa die gleiche Bedeutung wie eine Diskussion über die Abschaffung der Monarchie in England.» Wenn man bei dieser Aussage auch schmunzeln mag, so war dieser Satz doch einer der wenigen Sätze an diesem Abend, bei dem sich sowohl die Vertreter der Schweizer Jungparteien wie auch die Vertreter der englischen Jungparteien um die Bedeutung des jeweils anderen Staatsaufbaues bewusst wurden.

Kam man vielleicht noch zu Beginn mit der Vorstellung



Die Schweizer Delegation der jfs, zusammen mit Kollegen der englischen Jungliberalen. V. l. n. r. Nico Zila, Lena Schneller, Michael Steiner, André Messerli, Simone Brunschwiler, Nicolé Mittner.

an, es gäbe nichts Besseres als das Schweizer System, wurde einem doch durch die Diskussion bewusst, dass auch die Schweiz nicht eine perfekte Verfassung hat. Fragen wie, ob wir nicht vielleicht zu viel Volksrechte hätten oder ob das Konkordanzsystem denn noch aktuell sei, brachten alle Schweizer Jungparteien zum Nachdenken. Die Schweiz für einmal von aussen zu sehen, war das, was man aus dieser Diskussion mitnehmen konnte.

Abschliessend kann man sagen, dass es zwei sehr lehr- und erlebnisreiche Tage in London waren, an denen nicht nur politische Fragen hängen blieben, sondern auch viele gute Kontakte geknüpft werden konnten. Auch wenn sich weder die Engländer dazu bewegen werden, die Monarchie abzuschaffen, noch die Schweizer, die Volksrechte einzuschränken, so haben die beiden politischen Systeme eines gemeinsam: Kontakte knüpfen als A und O der Politik.



Nicolé Mittner, Botschafter Bruno Spinner, Lena Schneller (v. l. n. r.) nach dem Meeting in der Schweizer Botschaft.

Kontakte knüpfen – Beziehungen pflegen

Die Jungfreisinnigen am Fraktionsausflug der FDP Schweiz

Traditionsgemäss finden während der Sommersession der eidgenössischen Räte die Ausflüge der verschiedenen Fraktionen statt. Ebenso traditionellerweise dürfen die Vorstandsmitglieder der jungfreisinnigen schweiz (jfs) an diesem Ausflug teilnehmen. Dies nehmen wir jeweils gerne wahr, bietet es uns doch die Möglichkeit für spannende Diskussionen mit verschiedensten Personen.

Gabi Huber wurden wir in Kleinbussen in den Tunnel gefahren, wonach wir uns ein realistischeres Bild von den Bauarbeiten machen konnten. Der Ort konnte wohl aktueller nicht gewählt sein, hatte doch der Nationalrat tags darauf über den Neat-Zusatzkredit zu befinden.

Beim anschliessenden (wiederum traditionellen) Apéro im doch ziemlich warmen Tunnel hatten wir gute Gelegenheit, bestehende Kontakte mit Mitgliedern der Räte zu pflegen sowie neue Bekanntschaften zu knüpfen.

Nach der kurzen Busfahrt Richtung Flüelen stieg die ganze Gruppe auf das MS Waldstätter um. Dieses führte uns vorbei an den historischen Stätten im Urnersee nach Luzern. Von Luzern brachten uns die Cars zurück nach Bern. Wir freuen uns jetzt schon auf den nächsten Fraktionsausflug. Denn Traditionen können doch so schön sein!

Von Armin Camenzind,
jfs-Redaktor «Freisinn»,
Littau LU

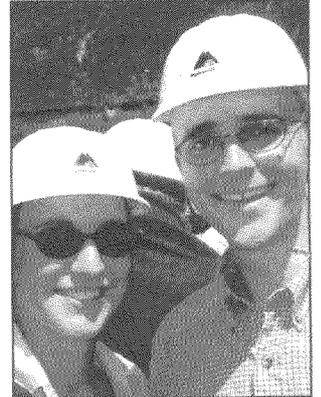
Dieses Jahr führte uns das «Fraktionsreisli» in den Kanton Uri.

Neat-Baustelle

Genauer gesagt stand eine Besichtigung der Neat-Baustelle in Amsteg auf dem Programm. Nach den einleitenden Worten von Nationalrätin und Tunnelpatin



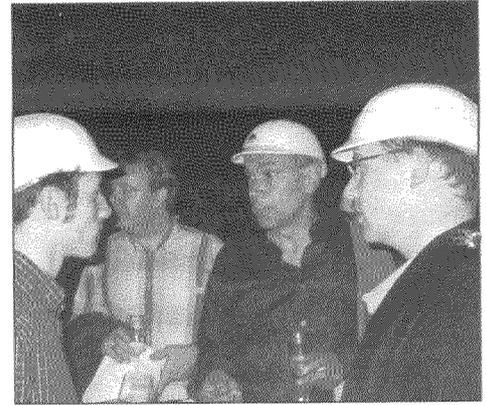
Bereits auf der Fahrt von Bern nach Erstfeld waren die Jungfreisinnigen in guter Stimmung.



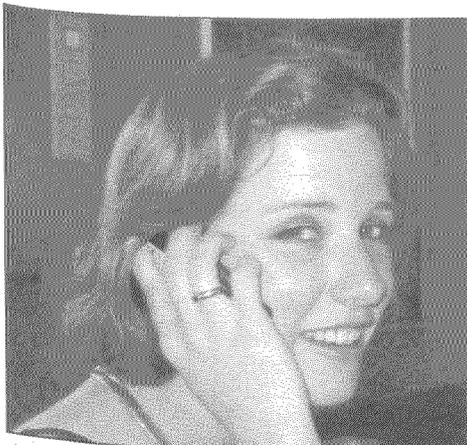
Vor der Einfahrt in den Tunnel wurden sie vom Urner Kantonssekretär Urs Janett und seiner Freundin Bea Kolvodouris begrüsst.



Während sich Michel Fischer vom GS mit der Vizepräsidentin der jf Véronique Monney unterhielt...



... diskutierten die beiden jf Simon Hofstetter (links) und Armin Camenzind (rechts) mit SR Peter Briner.



Als die jf-Nationalrätin Christa Markwalder auch auf der «Waldstätter» am Natel erreichbar war...



... sass ein Teil ihrer Kollegen bereits bei Kaffee und Kuchen...



... und um rechtzeitig mit Bundesrat Pascal Couchepin zum Fototermin zu erscheinen. Fotos: rus

Der Staat ist kein Selbstbedienungsladen

Probleme vermehrt eigenverantwortlich anpacken und lösen

«Freisinn»: Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf begründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Marianne Kleiner: Ich hoffe auf die Vernunft der Menschen und darauf, dass wieder eine Zeit kommen wird, wo mehr Gemeinsinn und weniger Egoismus herrschen wird.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Eine mangelnde Konsens- und Kompromissfähigkeit lähmt unser politisches System und damit unser Land. Wir werden in einen Reformstau hineinlaufen. Wenn man früher Vorlagen, mit denen man zu 80% einverstanden war, zu 10% nicht einverstanden ist. So finden wir keine Lösungen mehr.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Für uns Frauen war es die Waschmaschine! Im Ernst, vermutlich hat die Erfindung von Antibiotika am meisten Menschenleben gerettet. Die entbehrlichste Erfindung war die Atombombe.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die Schönheit und Vielfalt der Landschaft, die Tüchtigkeit, Zuverlässigkeit und



Marianne Kleiner

Unerschrockenheit der Menschen, die hier wohnen, und die immer noch überwiegende Mehrheit von Menschen, die eigenverantwortlich ihre Probleme anpacken und selber lösen.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Eine schleichende Zunahme der Staatsgläubigkeit, die die Menschen entmündigt und hilfsbedürftig macht, die dem Staat ständig neue Aufgaben aufhalst und die oben beschriebenen Kompetenzen der Menschen schmälert.

Warum sind Sie bei der FDP?

Die Werte der FDP stimmen am ehesten mit den meinigen überein.

Gäbe es einen Nobelpreis für eine(n) Politiker(in), wem würden Sie diesen verleihen?

Jakob Kellenberger, ein Appenzeller, der seit Jahren in politischen Bereichen hervorragende Arbeit leistet, ohne direkt Politiker zu sein.

Wodurch kann Sie eine Politikerin oder ein Politiker überzeugen?

Durch Gradlinigkeit, Ehrlichkeit, Transparenz und den Mut, auch Unpopuläres durchzuziehen und damit den Wunsch nach eigen-

ner Beliebtheit hintenan zu stellen.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Es ist schön, dass es beide gibt und dass wir uns in der Regel nicht nur gut vertragen, sondern sogar recht gern haben!

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Klavier spielen wie Clara Haskil, geigen wie Anne-Sophie Mutter oder singen wie Edita Gruberova und Gundula Janowitz.

Was ist Ihre persönliche Schwäche?

Ich esse mehr, als sich mit einer schlanken Linie vereinbaren lässt!

Was ist Ihre persönliche Stärke?

Fragen Sie meinen Mann und meine Kinder.

Welches Buch lesen Sie zurzeit?

«Geliebte Tochter» von Marianne Frederikson

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Ich jogge 3- bis 5-mal pro Woche und mache täglich die 5 Tibeter je 21-mal.

Das Gespräch mit Marianne Kleiner führte Ruedi Schläpfer vom GS der FDP Schweiz.

Kurzbiographie

Alter: 57 Jahre

Beruflicher Werdegang:

Matura, Mutter und Hausfrau, Studentin, Psychotherapeutin, Unternehmensberaterin,

Politischer Werdegang:

Regierungsrätin (Finanzdirektorin) und Landammann in AR, Vizepräsidentin FDP Schweiz, Nationalrätin

Liebste Tätigkeit:

In der Sonne liegen und ein gutes Buch lesen

Lieblingessen:

Butterbrot und Käse

Mit wem würden Sie dieses Essen am liebsten einnehmen?

Mit meinem Mann

Die Ausrichtung der FDP Schweiz

Die Fraktion der ehemaligen Parlamentarier und das Projekt «Avenir radical»

«Freisinn»: Die FDP hat in den Parlamentswahlen der letzten Monate auf Bundes- und Kantons-ebene Sitzverluste einstecken müssen. Worauf führen Sie das zurück?

Erich Müller: Als ehemaliger FDP-Parlamentarier bin ich darüber sehr besorgt. Unsere Partei hat an Vertrauen verloren und an Glaubwürdigkeit eingebüsst.

Man sagt: Wahltag ist Zahltag. War die Politik der FDP so schlecht?

Ich glaube nicht, doch es ist unerheblich, was die Politiker glauben, sondern entscheidend ist, wie die Schweizerinnen und Schweizer unsere Politik beurteilen. Sie haben uns die gelbe Karte gezeigt, obwohl uns das Stimmvolk in praktisch allen Vorlagen gefolgt ist. Jetzt gilt es Konsequenzen zu ziehen.

An was denken Sie dabei?

Wir «verkaufen» unsere Politik einfach zu schlecht. Unsere Politiker müssen vermehrt nach dem Leitsatz «Tue Gutes und sprich davon» aktiv werden. Das heisst aber auch, Bodenhaftung gewinnen und die Sprache des Volkes sprechen.

Bringt das Projekt «Avenir radical» in diese Richtung eine Lösung?

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass Avenir radical kein Parteiprogramm ist. Aus dieser Sicht hat die Gruppe der ehemaligen Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu diesem Projekt Stellung bezogen. Unsere Stellungnahme dazu war eine von über 400 Eingaben.

Wie wurde auf diese Eingabe reagiert?

In einer Zusammenkunft mit Parteipräsident Rolf Schweiger sind wir auf einzelne Frage eingegangen. Dabei zeigte es sich, dass wir nicht grundsätzlich etwas neu erfinden, sondern bewährte Prinzipien aktivieren müssen. Wichtig ist aber auch, dass wir eine eigenständige Politik betreiben.

Das heisst also, dass sich die FDP nicht in Richtung einer bestimmten Partei verneigt?

Bei der Lösungsfindung in allen politischen Fragen halten wir uns an liberal-bürgerliche Grundsätze. Wir sind nach wie vor bereit, Regierungsverantwortung zu tragen. Dies verlangt aber auch eine konstruktive Zusammenarbeit mit den anderen Parteien.

Was verstehen Sie unter liberal-bürgerlichen Grundsätzen?

Die FDP will einen schlanken, aber in allen Bereichen leistungsfähigen und finanziell soliden Staat. Un-



Parteipräsident Rolf Schweiger (links) bestätigt dem Präsidenten der «ehemaligen Parlamentarier», Erich Müller, dass die Vernehmlassung der alt Parlamentarier zu «Avenir radical» äusserst wertvoll und ganz im Sinne der Partei sei.

Bild: rus

ser Ziel ist ausgerichtet auf Freiheit, gepaart mit Selbstverantwortung und Leistungsanreizen. Offenheit, Ehrlichkeit, Toleranz und Solidarität gehören ebenso ins Vokabular der FDP. Liberale Politik ist mit und für Menschen.

Konkret: Welche Schwerpunkte möchten die ehemaligen Parlamentsmitglieder gesetzt haben?

Ich möchte hier drei Punkte hervorheben.

Wirtschaftswachstum: Hier vermitteln alle Politiker den Eindruck, eine Lösung zur Hand zu haben. Das Wirtschaftswachstum kann man aber nicht herbeireden. Als FDP-Politiker müssen wir uns auf das Machbare konzentrieren. Das heisst Abbau der wuchernden Bürokratie. Standortattraktivität erhöhen und dafür sorgen, dass in unserem Land die Leistung belohnt und nicht bestraft wird. Es darf nicht sein, dass der Staat mit

übersetzten Abgaben, endlosen Bewilligungsverfahren und zeitraubenden Administrationsarbeiten die Leistungswilligen bestraft. **Staatsfinanzen:** Im Gegensatz zu anderen Parteien verlangen wir von den FDP-Repräsentanten, dass sie den Abbau der Staatsaufgaben durchsetzen und eine effizientere Verwaltung verwirklichen.

Sozialpolitik: Sie muss langfristig finanzierbar sein. Die Lasten müssen unter den Generationen gerecht verteilt sein. Die FDP und ihre Exponenten müssen den Bürgerinnen und Bürgern bewusst machen, dass der Staat kein Selbstbedienungsladen ist und nur «echt» Bedürftige unterstützt werden können. Im Bereich Bildung/Forschung, Ausländer- und Asylpolitik sowie in der Aussenpolitik halten wir uns an unser Parteiprogramm.

Ihre Botschaft heisst also: Zurück zu einer liberal-

bürgerlichen Politik, und alles wird wieder gut!

Ja. Damit allein wird aber das Image der FDP nicht radikal verbessert. Der öffentliche Auftritt der Partei ist zu verbessern. So gesehen ist es tragisch, dass wir in der Sache praktisch immer Recht haben, unsere Meinung dem Volk aber schlecht verständlich machen.

Dann fehlt es aber an den einzelnen Exponenten?

Das ist so. Personen prägen das Bild einer Partei. Sie müssen Vertrauen erwecken und glaubwürdig sein. Sie haben die Parteiinteressen vor Eigeninteressen zu stellen. Die Einführung eines Stimmzwanges kann nicht die Lösung sein, zumal die freie Meinung im Freisinn gross geschrieben wird. Freisinn ist aber nicht mit Disziplinlosigkeit gleichzusetzen. Wir verlangen, dass sich die Mitglieder des Parteivorstandes und der Fraktion an Mehrheitsentscheidungen halten. Es darf nicht sein, dass Meinungsverschiedenheiten in aller Öffentlichkeit ausgetragen werden.

Das Gespräch mit dem Präsidenten der Gruppe Ehemaliger Freisinniger Parlamentarier führte Ruedi Schläpfer.

Die Stellungnahme der ehemaligen Parlamentarier zum Projekt «Avenir radical» kann auf dem Generalsekretariat bezogen werden.

Politkarriere nur für Männer?

Über die Bedeutung von Netzwerken

Politkarriere nur für Männer? So lautete der bewusst provokativ gewählte Titel einer Netzwerkveranstaltung der FDP-Frauen Schweiz vom 26. Juni 2004 in Bern. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig. Netzwerke können – neben anderen Faktoren – einen wichtigen Schlüssel zum Erfolg darstellen. Die FDP Frauen Schweiz haben es sich zum Ziel gesetzt, auch künftig einen Beitrag zur Knüpfung von Netzwerken zu leisten.

Von Barbara Perriard,
Beauftragte für
Kommunikation und
Strategie, FDP-Frauen
Schweiz

Trotz sommerlichen Temperaturen sind zahlreiche Frauen – und auch interessierte Männer, darunter auch FDP-Präsident Rolf Schweizer – der Einladung der FDP-Frauen Schweiz gefolgt und haben sich im «Äusseren Stand» mit dem aktuellen Thema auseinandergesetzt. Sie haben gleichzeitig die Gelegenheit genutzt, eigene Kontakte und Beziehungen zu knüpfen oder zu vertiefen.

Ein Fakt

Es ist ein Fakt: Die am 11. Juni publizierte Auswertung des Bundesamtes für Statistik der eidgenössischen Wahlen 2003 zeigt, dass die Chance für Frauen, gewählt zu werden, 1,6-mal kleiner ist als für Männer. Überdies besteht der Eindruck, dass Politikerinnen häufiger abgewählt respektive im Amt nicht bestätigt werden als Männer. Auch FDP-Exponentinnen mussten diese leidvolle Erfahrung machen. Die FDP-Frauen Schweiz gingen im Rahmen ihrer



Barbara Perriard

Netzwerkveranstaltung der Frage nach, warum Frauen in der Politik mit anderen Ellen gemessen und folglich auch anders beurteilt werden als Männer. So insbesondere auch in der medialen Berichterstattung. Bei Politikerinnen interessiert weit mehr als bei Männern die Frisur, das Outfit, der Zivilstand und dergleichen mehr.

Verschiedene Hindernisse

In einem prominent besetzten Podium unter der Leitung von Claudia Blangetti, Journalistin der «Mittelland-Zeitung», wurden die Hindernisse von Frauen in der Politik diskutiert. Die Politologin Regula Stämpfli verwies unter Bezug auf die nationalen Statistiken auf drei Problemfelder:

1. das Mobilisierungsproblem
2. das Nominationsproblem
3. das Wahlproblem

Frauen wählen weniger oft als Männer; Frauen werden weniger oft als Männer von den Parteien nominiert, und Frauen werden weniger oft als Männer gewählt.

Stämpfli zeigte in der lebhaften Diskussion mit Regierungsrätin Karin Keller-Sutter (SG), der ehemaligen Regierungsrätin Stéphanie Mörkofer (AG), dem Journalisten und Buchautor Marc Comina sowie dem Berner Kantonalparteipräsidenten Johannes Matyassy konkrete Strategien zur Überwindung der verschiedenen Hindernisse auf. Die Podiumsteilnehmer waren sich einig, dass dabei tragfähigen Netzwerken eine wichtige Bedeutung zukommt. Viele Politikerinnen (auf allen Ebenen) scheinen gerade diesem Umstand auch heute noch viel zu wenig Rechnung zu tragen.

Macht der Netzwerke

Die Vorteile von Netzwerken lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Politik ist ein hartes Pflaster. Politische Frauengruppierungen, Zusammenschlüsse wie Frauenvereine, Serviceclubs, Berufsverbände usw. oder informelle Netzwerke können Frauen den Einstieg in die Politik erleichtern. Es ist ein Ort, an welchem die gleiche

Sprache gesprochen wird und ein offener Erfahrungsaustausch stattfinden kann. Bereits die Feststellung, «nicht allein zu sein», stärkt viele Frauen und ermutigt sie.

- Frauen müssen ihre Beziehungen (ebenso wie Männer) konstant hegen und pflegen. Netzwerke sind nicht statisch. Sie können wachsen oder auseinanderfallen. Bereits im Zeitpunkt der Wahl lohnt es sich, immer auch an die Wiederwahl zu denken (und nicht erst im eigentlichen «Showdown» einige Wochen vor dem Wahltermin!). Die Netzwerkpflege ist eine unerlässliche Daueraufgabe. Es lohnt sich für jede politische Exponentin, sich in ihrer Agenda entsprechende Zeitfenster dafür zu reservieren. Netzwerke sind genauso wertvoll und wichtig wie eine gute partei- und regionalpolitische Verankerung. Sie stützen die eigene politische Arbeit.

- Frauennetzwerke können eine gute Basis für die Rekrutierung und die Sicherung von Nachwuchs darstellen. Insofern haben die Frauengruppierungen und Parteien ein Interesse an funktionierenden (Frauen-)Netzwerken.
- Durch dichte und gut funktionierende Frauennetzwerke entsteht zudem ein natürlicher «Druck von unten». Die-

ser permanente Druck von Frauen für Frauen erschwert Ausgrenzungsstrategien.

- Auch starke Frauen haben schwache Momente. Emotionale Unterstützung und Rückhalt sind wichtig. Ein gutes Beziehungs- und Freundschaftsnetzwerk kann dazu beitragen, die eigene Frustrationstoleranz zu steigern. Gerade die zu geringe Frustrationstoleranz führt leider nur allzu häufig dazu, dass sich Frauen nach bereits einer Legislatur zurückziehen und sich nicht zur Wiederwahl stellen.

- Schliesslich gilt es Folgendes zu bedenken: Politikerinnen stehen weit mehr als ihre männlichen Kollegen im Schaufenster. Trotz individueller Persönlichkeit und eigener Biographie werden alle Frauen in diesen Positionen miteinander verglichen. «Über einen Leist geschlagen», sozusagen. Wenn es gelingt, die Frauen besser zu vernetzen und mittelfristig mehr Vertreterinnen in die entsprechenden politischen Positionen zu bringen, so wird damit die «kritische Masse» überschritten und Normalität hergestellt. Die einzelne Politikerin ist damit weit weniger exponiert.

Fazit

Netzwerke und deren Pflege sind eine wichtige und gute «Investition» bei der politischen Arbeit. Die FDP Frauen Schweiz werden auch künftig in diesem Bereich aktiv sein. ■

Altes Postulat in neuer Auflage

damit wird der Trumpf bekannt	das Kindermädchen der Queen	Muskelkraft auch für die FDP	KO im Schach Michelines Kanton	steckt in der zu revidierenden EO	Kartenspiel zu dreien	zeigt wachen Blick	Schnaps-Hohlmass	flink auf spanische Art	Überprüfung für den Kassenswart
↔	↓	↓	↓	↓	↔	↔	↓	↓	↔
		3			wo auch Männer mürühren netzt Gras			8	
							strömt aus Kratern Rotary International		
ist nicht nur am 2. Sonntag im Mai	6		Wasser für Tony Blair gibts nur in Märchen			4		Knospen-label Abstimmgs.-monat	
guter muss nicht immer teuer sein			Genfer Feuer Rigihotel und -spitze	↔	stecken off rührend in Pfannen	alte Göttin am Nil blauer Planet			7
			↔				Landschaft auf dem Peloponnes		Leuenbergers Genossenschaft
↔					wird bei Mutterschaft ersetzt				↔
alter Knast mit dicken Mauern	Ferdinational Lohnersatz auch für sie		2			5		wo operiert wird Herr im Ententeich	
	↔			EO-Revisi-on auch für sie in der Arme					Teil der Schule od. Gesellschaft
Opfer des ersten Brudermordes	17	wurde einst für Kaffeebohnen gedreht				9	Armleuchter an Kreuzungen		ausserirdischer Filmheld
weiser Mäusejäger		grosse italienische Freiheit	schluckt auch Nein-Stimmen	18			Isaaks Frau; Mutter von Jakob u. Esau	1	
↔		↔	↔	↔	gebaltete Kraft in Gas, Oel u. Strom				
						kleine Nummer kurz durch Gesetz		griech. Bst. hoffnungsvoller Start ins Leben	
halbes Velo wird durch neue EO entlastet				10		tierisch legaler Blutsauger			16
									leichter dank AHV und Pensionskasse
↔								Obenabekarte ziemlich häufig	13
	19					Mass für Bauflächen	ebenfalls u. ebenso Bündner Piz		nord.Männername ein Momentchen
löscht auch Berner Durst					kleinstes Pöckchen	damit ist das Ziel erreicht			11
									Pendulenkanton
zweite Kammer und ihr Vertreter	kleiner Hinweis, meist mit Wirkung	12				erhalten während der RS auch mehr			14
↔									
							15		der König in Rom

So machen Sie mit:

Schreiben Sie bis zum 12. Juli 2004 eine Postkarte mit dem Lösungswort und Ihrer Adresse an:

Generalsekretariat FDP
z. H. Stefan Nobs
Postfach 6136
3001 Bern

Die ersten drei Preise sind, je nach Gewinner(in):

- FDP-Foulard
- FDP-Krawatte
- FDP-Schirm

Dazu sagt die FDP im September Ja:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Der «FDP-Gewerkschafter»

Marcel Aeschbacher seit 60 Jahren FDP-Mitglied



Der neue «Freisinn»-Redaktor, Stefan Nobs (links), im Gespräch mit Marcel Aeschbacher.

Bild: rus

«Freisinn»: Seit 1945 sind Sie FDP-Mitglied. Wie kommt ein Gewerkschaftssekretär zur FDP?

Marcel Aeschbacher: Als Präsident des lokalen Unteroffiziersvereins war ich auf der Suche nach neuen

Mitgliedern mit Gerhard Ständer, dem damaligen Geschäftsführer der FDP Bern, zusammengetroffen. Ständer war auch auf der Suche nach neuen Mitgliedern. So wurde ich durch ihn zur Parteimitarbeit animiert. Die FDP war damals noch eine echte Volkspar-

tei. Bei den Berner Stadtratswahlen 1947 kandidierten neben mir z. B. ein Magaziner, ein Maler und ein Mechaniker.

Die FDP hat bei den letzten Wahlen nicht sehr gut abgeschnitten. Was raten Sie als Politfuchs?

1919 waren es Freisinnige, die den Landesverband freier Schweizer Arbeiter (LfSA) gründeten. Leider hat die FDP später die Arbeitnehmer vernachlässigt. So steht die FDP heute nicht mehr für die Erhaltung des Arbeitsfriedens ein. Dabei wäre die Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein zentrales Anliegen liberaler Politik.

Sie sind 86 Jahre alt. Woher nehmen Sie die Energie, um sich immer noch derart für die FDP einzusetzen?

Ich habe das Glück, gesund zu sein. Politik und

Geschichte interessieren mich sehr. Daraus und im christlichen Glauben schöpfe ich meine Energie. Zurzeit schreibe ich gerade meine Memoiren und arbeite mit Hilfe des Stadtarchivs an der Chronik der Stadtentwicklung Berns.

Sie haben in Ihrem Leben viele Menschen kennen gelernt. Welche Persönlichkeiten haben Sie am meisten fasziniert?

Der ehemalige Berner FDP-Kantonalsekretär Dr. Gerhard Ständer (*1913 †1993) und der ebenfalls verstorbene Hansrudolf Leuenberger (*1922 †2003), alt Generalsekretär der FDP Schweiz. Beide Parteifreunde waren meine politischen Lehrmeister. Ich durfte sie während längerer Zeit meines Lebens begleiten. Fasziniert haben mich der Händedruck mit Premierminister Winston Churchill anlässlich seines Besuches in Bern sowie das Zusammentreffen mit Lech Walesa, dem polnischen Gewerkschaftsführer und nachmaligen Staatspräsidenten Polens.

Was war der bitterste Augenblick in Ihrem Leben?

Die Auflösung «meiner» Gewerkschaft, des LfSA, im Jahre 1998 habe ich besorgt zur Kenntnis genommen.

Und was Ihr Highlight?

Meine Familie. Leider war ich beruflich und politisch

viel unterwegs, sodass ich die Familie oft vernachlässigen musste.

Sie haben sehr viel für die FDP geleistet. Hatten Sie nie Ambitionen auf ein Grossrats- oder Nationalratsmandat?

Ich hatte schlicht keine Zeit für ein weiteres politisches Engagement. Mein Rücktritt aus dem Berner Stadtrat erfolgte vor allem aus zeitlichen Gründen.

Wie ist Ihr Verhältnis zu den Jungfreisinnigen?

Sehr gut. Ich war zum Beispiel an der Wahlfeier von Nationalrätin Christa Markwalder im letzten Herbst. Zudem habe ich Kontakte mit dem Präsidenten der Stadtberner Jungfreisinnigen. Damals, in den 1940er-Jahren, waren die Jungfreisinnigen in der Stadtpartei voll integriert. Es waren denn auch die Jungfreisinnigen, welche mich 1947 als Stadtratskandidaten portierten, und ich wurde ihr erster Parlamentarier.

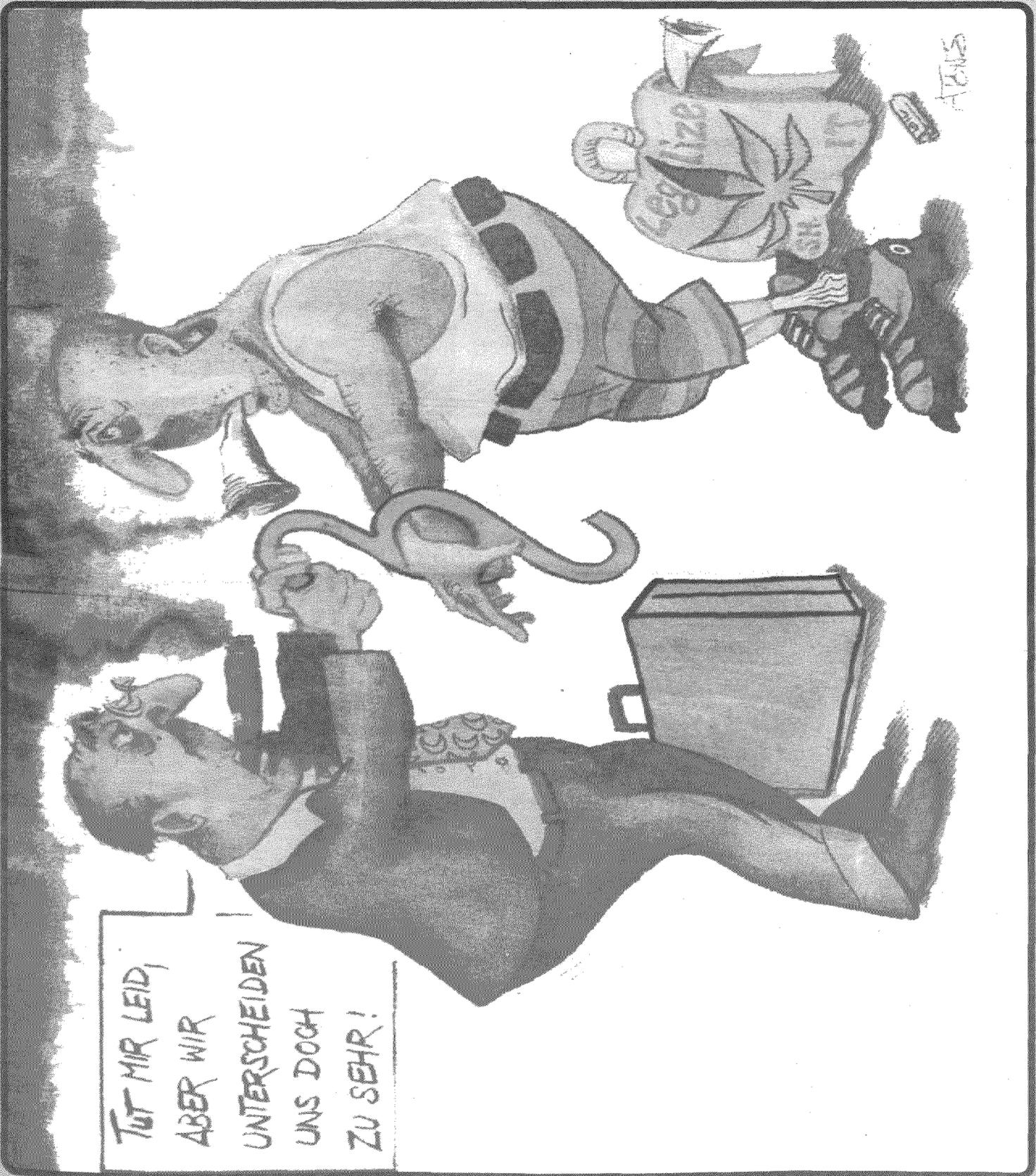
Mehr als 19 000 Berliner Kinder haben dank Ihrer Stiftung Ferien in der Schweiz verbracht. Wieso gerade Berliner Kinder?

In einem Seminar 1961 über «Marxismus und Leninismus» wurde ich mit der Problematik in Berlin konfrontiert. In diesem Zusammenhang entschloss ich mich, etwas für Berlin zu tun.

Das Gespräch mit Marcel Aeschbacher führte Stefan Nobs vom GS der FDP Schweiz

Marcel Aeschbacher

wurde 1918 als Sohn eines Fabrikarbeiters in Bern geboren. Nach einer Gärtner- und Floristenlehre liess er sich zum Sportjournalisten ausbilden. 1945 übernahm er das Kreissekretariat des von Freisinnigen gegründeten Landesverbandes freier Schweizer Arbeitnehmer, welches er bis zu seiner Pensionierung 1981 führte. Ebenfalls 1945 trat Aeschbacher in die FDP der Stadt Bern ein; darauf war er in verschiedenen Funktionen auf allen Ebenen für die FDP tätig, u. a. 25 Jahre in der Parteileitung der FDP des Kantons Bern. 1959 trat er nach 12 Jahren Einsitz im Berner Stadtrat infolge Amtszeitbeschränkung zurück. Selbstlos hatte er die Einführung der Amtszeitbeschränkung unterstützt. Im Jahre 1961 gründete er sein Lebenswerk: das Schweizerische Hilfswerk für Berliner- und Aussiedlerkinder, welches er 1984 in eine Stiftung umwandelte. Aeschbacher ist u. a. Ehrenmitglied der FDP der Stadt Bern sowie der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte. Von der Bundesrepublik Deutschland wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Zudem ist er Träger der Sacharow-Medaille. Seine Stiftung verlieh ihm das Ehrenpräsidium.



TUT MIR LEID,
ABER WIR
UNTERSCHIEDEN
UNS DOCH
ZU SEHR!

Karikatur Andreas Tons

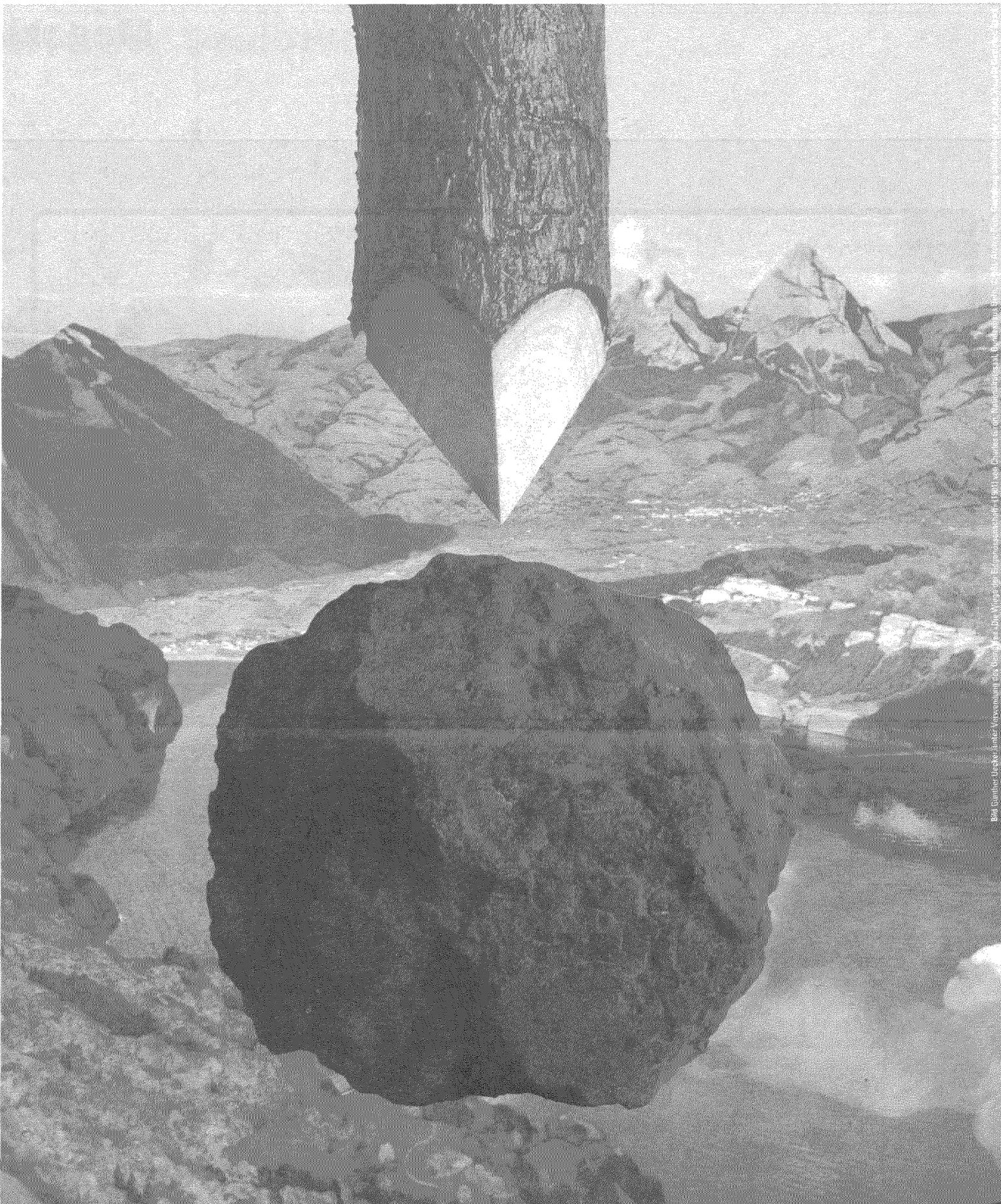


Bild: Günther Uecker, Vorgebung des Weimarer Ensemble des Deutschen Nationaltheaters Weimar, 1991. © 2004 Deutsches Nationaltheater Weimar, www.dnt.de

200 Jahre Weimarer Uraufführung

Wilhelm Tell von Friedrich Schiller

Freilichtaufführung auf dem Rütli mit dem Deutschen Nationaltheater Weimar
23. Juli bis 29. August 2004

Künstlerische Leitung Stephan Märki, Bühnenskulpturen Günther Uecker / Eine Produktion von Lukas Leuenberger
Mit dem Ensemble des Deutschen Nationaltheaters Weimar und Gästen u.a. Roland Koch, Walo Lüend, Claudia Mayer, Thomas Thieme / www.weimarer-tell.ch

CREDIT
SUISSE

LUZERNER ZEITUNG

BUNDESBANK FÜR KULTUR
OFFICE FÉDÉRAL DE LA CULTURE
UFFICIO FEDERALE DELLA CULTURA
UFFIZIO FEDERAL DA CULTURA

SBB CFF FFS

SCHWEIZER
KUNSTSTIFTUNG

Schweiz Tourismus

www.schweiz.ch

Varverkauf: TICKETCORNER
0900 800 800
CHF 1.19/min.

Rail way
Ideen für die Freizeit
0900 300 300 (CHF 1.19/min.)